

Bilanz der Wahlperiode 2020-2025



**Positionen, Politikstil,
Erfolge und Misserfolge**

Lesehilfe und Barrierefreiheit

AN/XXXX/2025

Unter dieser Kennung findest Du das zugehörige Dokument im Ratsinformationssystem – zum Beispiel eine Beschlussvorlage oder Mitteilung der Stadtverwaltung, sowie Anfragen oder Anträge aus der Politik. Letztere erkennst Du am Kürzel „AN“.

☑ www.ratsinformation.stadt-koeln.de

Initiiert von Volt

Das Vorhaben wurde durch uns eingebracht.

Haushalt

Unser Beitrag wurde im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises zum Haushalt geleistet.

Ausstehend

Der politische Beschluss wurde noch nicht durch die Stadtverwaltung (zufriedenstellend) umgesetzt.

Misserfolg

Das Vorhaben hat keine Mehrheit gefunden, wurde zurückgestellt oder wird seit Jahren nicht umgesetzt.



**Eine barriereärmere Version
inklusive einfacherer Sprache
findest Du unter
voltkoeln.de/barrierefrei**

Inhalt

Vorwort	1
Die Wahlperiode in Zahlen	2
I. Mobilität	3
Masterplan Parken	4
Staubbepreisung	6
<i>Ost-West-Achse</i>	7
II. Soziales und Gesundheit	9
Ersthelfer-App	9
Öffentliche Toiletten	12
<i>Gesundheitscampus</i>	13
III. Integration, Gleichstellung	15
Welcome Desk	15
Inklusive Kundenzentren	16
IV. Planen, Bauen, Wohnen	19
Erbbaurecht	20
<i>Öffentlicher Raum</i>	21
V. Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit	23
Biotonnen für alle	25
Klimaschutzmonitoring	26
VI. Schule und Jugend	27
Psychische Gesundheit	27
Schulstraßen	30
VII. Kunst und Kultur	31
Musikclubs sind Kulturorte ...	32
<i>Bühnensanierung</i>	33
<i>Historische Mitte</i>	35
<i>Straßenkarneval</i>	36

VIII. Sport	37
Sportvorbilder	39
<i>FC-Ausbau</i>	40
IX. Digitalisierung	41
Schluss mit Faxen	44
X. Wirtschaft	45
Stadtentwicklungskonzept Wirtschaft	45
<i>Großmarkt</i>	46
XI. Finanzen und Haushalt	47
Nachhaltige Vergabe	49
XII. Europa	50
Die Köpfe dahinter	51
Transparenz	55
Fazit	57

Impressum

Herausgeberin
Volt Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathausplatz
50667 Köln

V.i.S.d.P. Jennifer Glashagen

Tel. 0221 221 32087

volt@stadt-koeln.de

Diese Veröffentlichung ist im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Volt Fraktion im Rat der Stadt Köln entstanden und dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Klimaneutral gedruckt von Küpper Druck in Köln.

Auflage: 120 Stück
06/2025

Liebe Leser*innen,

hierin steckt unglaublich viel Arbeit. Damit meine ich nicht die Erstellung des Berichts selbst. Gemeint ist die Substanz: All das, was wir in den vergangenen fünf Jahren initiiert, versucht und erreicht haben.

2020 zog Volt erstmals in Fraktionsstärke in einen Stadtrat ein – und das gleich mit vier Mandatstragenden. Dieser Erfolg löste eine Welle der Motivation aus. Wir starteten bei null, konstituierten uns auf einer Picknickdecke im Grüngürtel und bauten eine Geschäftsstelle auf, die heute sechs Räume und fünf Mitarbeitende umfasst.

Unsere politische Arbeit wäre ohne unser großartiges Team nicht möglich gewesen. Nur gemeinsam konnten wir die Fülle an Aufgaben, Austausch und Anträgen bewältigen. Ich danke von ganzem Herzen allen, die dabei mitgewirkt haben – der erweiterten Fraktion, der Geschäftsstelle, der Partei Volt und den vielen Unterstützer*innen.

Nicht alles war ein Erfolg. Da waren Initiativen, die scheiterten, und Kompromisse, die schwerfielen. Politik ist die Kunst des Möglichen – und oft braucht es einen langen Atem, statt schneller Reaktionen. Wir haben gelernt, dass es selten die eine Lösung gibt – aber viele Perspektiven, die es wert sind, gehört zu werden.

Unsere Arbeit fiel in eine Zeit globaler Krisen. Das Erstarken des Rechtsnationalismus hat auch Köln geprägt. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und die Gewalt gegen Frauen nehmen zu – das Sicherheitsgefühl vieler Menschen schwindet.

Als überzeugte Europäerin ist es mir ein Herzensanliegen, die europäische Idee in Köln lebendig zu halten. Offenheit, Vielfalt und Toleranz: Die europäische Idee lebt hier in unseren Straßen, Schulen, Veedeln. Und sie braucht uns mehr denn je: um zu verteidigen, was längst nicht mehr selbstverständlich ist.

All dies motiviert uns – und hoffentlich auch Dich. Denn Demokratie lebt vom Mitdenken und Mitmachen.

In diesem Sinne wünsche ich viel Freude beim Lesen unseres Bilanzberichts.



Jennifer Glashagen,
Fraktionsvorsitzende



**Wir haben 271
Anfragen und
496
Anträge gestellt.**



**Davon haben wir
101 Anfragen und
76
Anträge initiiert.**



156

Seiten umfasst das fortlaufende Protokoll zu den Abstimmungsrunden auf Ebene der Geschäftsführenden im Ratsbündnis.



55

Personen vertreten uns in Ausschüssen sowie Bei- und Aufsichtsräten.

6.279

Dateien haben sich in unserer Cloud angesammelt.



**Wir haben
370
Organisationen,
Initiativen und
Unternehmen
getroffen.**

241

Reden haben wir im Rat gehalten.



Wir haben uns

320

**Mal zu Fraktions-
sitzungen
getroffen –
meistens online.**

Mobilität

Kriterien des MIV-Grundnetzes

Wie viele Autos befahren die Straße pro Tag?

Wird sie von LKW frequentiert?

Ist sie in anderen Konzepten ausgewiesen?

Grenzt sie an ein Wohn- oder Gewerbegebiet?

Wie hoch ist die Bedeutung für den Fußverkehr?

Wie sieht die langfristige Verkehrsprognose aus?

Sinngemäßer Ausschnitt des Bewertungsschemas zum MIV-Grundnetz.
Sechs der elf Kriterien beispielhaft dargestellt.

AN/0566/2021 0609/2024 AN/0151/2025

MIV-Grundnetz

Wir haben beauftragt, ein Grundnetz des motorisierten Individualverkehrs (MIV) aus Straßen, die für den Autoverkehr elementar sind, zu ermitteln. Dieses bietet nun eine universelle Bewertungsgrundlage, um den öffentlichen Raum lebenswerter und gerechter zu gestalten, etwa durch Superblocks, Fahrradstraßen oder separate Busspuren. Auf den Hauptachsen fließt der Autoverkehr flüssig.

AN/2635/2021  Initiiert von Volt

Masterplan Parken

Als Ratsbündnis haben wir uns besonders für eine Reduzierung des ruhenden Autoverkehrs im öffentlichen Raum eingesetzt. Wir haben die Stadtverwaltung beauftragt, hierzu ein umfangreiches Konzept zu entwickeln: von einer digitalen Parkraumbewirtschaftung über barriereärmere Gehwege bis hin zu neuen Quartiersgaragen. Mit Best Practices aus Wien, Amsterdam und Rotterdam haben wir einen zukunftsweisenden Masterplan geschaffen, der Fußgänger*innen, Radfahrende und Autofahrende entlasten soll. So wird die Aufenthaltsqualität verbessert, der Verkehr reduziert und klimafreundliche Mobilität gefördert. Aus dem Konzept ergeben sich eine Reihe von Maßnahmen, wie die Ausweitung des bewirtschafteten Bewohnerparkens.

AN/1553/2021  Ausstehend

E-Scooter

E-Scooter können ein wichtiger Baustein der Verkehrswende sein. Gleichzeitig sorgen sie aufgrund fehlender Regelungen bei Nutzung und Abstellung für viel Ärger insbesondere bei Fußgänger*innen. Durch unseren Änderungsantrag zu einer Initiative der SPD haben wir dafür gesorgt, dass es nicht nur klare Regeln zum Abstellen der Scooter gibt, sondern auch die Verleihbetriebe in die Pflicht genommen werden. Die Umsetzung muss konsequenter verfolgt werden.

AN/0735/2025  Ausstehend

Quartiersgaragen

Der Parkdruck in Köln ist hoch. Der Bau von Quartiersgaragen, Parkhäusern für Anwohnende, stockt. Deshalb beauftragten wir die Stadtverwaltung in 2025, die Gründung einer kommunalen Tochtergesellschaft zu prüfen. Diese soll ggf. Grundstücke suchen, um auf ihnen Parkhäuser zu bauen und zu betreiben. Darüber hinaus soll sie nach Düsseldorfer Vorbild verschiedene Mobilitätsangebote bündeln.

AN/2635/2021  Initiiert von Volt  1151/2024
 Misserfolg

Parkgebührenordnung

Die Novelle der Parkgebührenordnung soll wesentliche Punkte aus dem Masterplan Parken umsetzen. Neben einer Anhebung der Gebühren ist auch eine Senkung der Höchstparkdauer vorgesehen. Die Gebühr für das Langzeitparken soll von 5 Euro auf 30 Euro pro Tag erhöht werden. Ausnahmen gäbe es nach wie vor für Handwerk, Pflegedienste, und Menschen mit Behinderung. Der Beschluss wurde vertagt, da wir im Ratsbündnis keine Mehrheit organisieren konnten.

AN/0553/2024  Initiiert von Volt

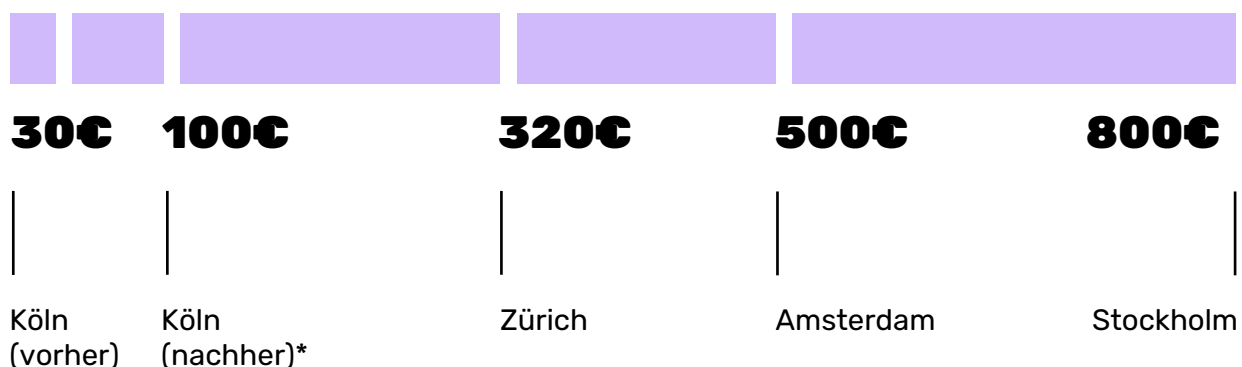
Radverkehrs Ausbau

Bislang verfehlen wir die Ausbauziele. Am politischen Willen mangelt es nicht. Hemmnis ist vor allem der immense Verwaltungsaufwand. Schlankere Prozesse und die Bündelung von Planung und Beschluss wie in Düsseldorf werden den Ausbau beschleunigen.

Bewohnerparken sozialverträglich bepreisen

Der öffentliche Raum ist für alle da. Während Kölner Gastronomiebetriebe zwischen 300 und 900 Euro für eine Sondernutzungsgebühr zahlen, wenn sie 12m² – die Größe eines Parkplatzes – für ihre Außengastronomie nutzen, konnten PKW-Besitzer*innen dieselbe Fläche für 30 Euro Verwaltungsgebühr im Jahr in Anspruch nehmen. Mit einem Privatfahrzeug, das 23 Stunden täglich nicht bewegt wird. Weniger ruhender Verkehr auf den Straßen bedeutet mehr Lebensqualität für alle Kölner*innen. Amsterdam und Stockholm zeigen, dass die Bepreisung des Bewohnerparkens zu einem Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel führt. Gleichzeitig profitieren die Menschen, die wirklich auf ihr Auto angewiesen sind, von einem geringeren Parkdruck.

Die Gebühr für das Bewohnerparken wurde zunächst von 30 Euro auf 100 Euro pro Jahr erhöht. Ab März 2025 wurden die Gebühren nach der Fahrzeuglänge gestaffelt: Längere Autos zahlen dann jährlich bis zu 120 Euro. Auf lange Sicht sollen Parkplätze durch Grünflächen, Gastronomie, Straßenmobiliar, breitere Gehwege sowie Ladezonen ersetzt werden. Die Autos können in Quartiersgaragen untergebracht werden. Und sie werden dank Park&Ride- und Sharing-Angeboten deutlich weniger gebraucht. Wir strebten ursprünglich eine stärkere Anhebung der Bewohnerparkgebühren an. Eine Differenzierung nach sozialen Kriterien scheint momentan aber nicht rechtssicher möglich. Deshalb haben wir uns zunächst auf einen niedrigeren Betrag geeinigt.



Jährliche Gebühr für das Bewohnerparken im europäischen Vergleich.

* Wie im Text beschrieben, zahlen längere Autos bis zu 120 Euro.

AN/1963/2023  Initiiert von Volt  Ausstehend

Machbarkeit einer Staubbepreiung prüfen

Wir beauftragten eine Machbarkeitsstudie, die prüfen soll, ob ein geeignetes Bepreisungsinstrument zur Steuerung der Zufahrt in die Innenstadt nach dem Beispiel anderer europäischer Städte etabliert werden kann. Damit kann die Grundlage für die Einführung einer Staubbepreiung geschaffen werden. Studien über die Auswirkungen internationaler Vorbilder zeigen, dass solche Steuerungsinstrumente zu effizienter nutzbaren Straßen, einer Verringerung von Lärm und Abgasen in innerstädtischen Gebieten und attraktiveren ÖPNV-Angeboten führt. Die Staubbepreiung kann damit zur dringend benötigten Finanzierung der Verkehrswende beitragen. Die Machbarkeitsstudie wird uns zeigen, wie Köln von den Erfahrungen aus London und Stockholm lernen kann.

27%

weniger private Autos, über 20% mehr Bus- sowie Radverkehr: London gilt als Best Practice der Staubbepreiung.¹ Ähnliches war in Stockholm zu beobachten.²

In der Machbarkeitsstudie soll geprüft werden, wie das Instrument fair und sozial verträglich zu gestalten ist. Ziel ist es, Gerechtigkeit zu schaffen, indem die verursachten externen Kosten durch Bau und Unterhalt von Straßen, Parkplätzen, Lärm und Luftverschmutzung nutzergetragen sind. Menschen mit Behinderung oder geringem Einkommen sowie Pflegedienste, Handwerk und Logistik sollen dabei nicht zusätzlich belastet werden. Das Kölner Modell kann so verkehrsstrategisch vorteilhaft, klimafreundlich, sozial gerecht und ökonomisch gestaltet werden.

“

Die Staubbepreiung könnte der entscheidende Hebel sein, um den Verkehr in Köln für alle zu verbessern: weniger Stau und mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrende. Einnahmen aus der Bepreisung sollen in den Ausbau und in Vergünstigungen des ÖPNV fließen.

Dr. Max Pargmann,
verkehrspolitischer Sprecher

¹ Jonathan Leape, 2006: „The London Congestion Charge“, Journal of Economic Perspectives.

² Jonas Eliasson, 2008: „A cost-benefit analysis of the Stockholm congestion charging system“, Transportation Research.

Ost-West-Achse

Die Stadtbahnen auf der Ost-West-Achse sind überlastet. Längere Züge sollen her. Für die Innenstadt ergaben sich zwei Möglichkeiten: die Haltestellen oberirdisch verlängern oder den Streckenabschnitt in einen Tunnel verlegen.

Was spricht für den Bau dieses Tunnels?

Stadtbild – Wegfallende oberirdische Haltestellen schaffen neuen Freiraum.

Störungsanfälligkeit – Ohne Querungen mit anderen Verkehrsteilnehmenden sinkt die Wahrscheinlichkeit für betriebliche Störungen.

Fahrtzeit – Bei der Durchfahrt der Innenstadt verkürzt sich die Fahrzeit um bis zu 3 Minuten.



Was spricht für einen oberirdischen Ausbau?

Bauzeit – Die oberirdische Ertüchtigung ist wesentlich schneller umsetzbar. Der Tunnel soll 2040 fertig sein, der oberirdische Bau 2034. Auch das Risiko der Verzögerung ist geringer.

Baukosten – Mit geschätzten 190 Millionen Euro ist der oberirdische Ausbau günstiger als der unterirdische, für den rund eine Milliarde Euro veranschlagt wird.

Ressourcenbindung – Der unterirdische Ausbau bindet mehr personelle und finanzielle Ressourcen in der Innenstadt, die an anderer Stelle fehlen – gerade bei Kostensteigerungen.

Barrierefreiheit – Die Haltestellen sind barriereärmer, weil Aufzüge störanfällig sind.

Soziale Kontrolle – Sichtkontakt zu anderen Menschen und eine offene Architektur erhöhen vor allem nachts das Sicherheitsgefühl.

Politischer Auftrag war zu eng gefasst

Der 2018 getroffene Grundsatzbeschluss und die verkürzte „Oben oder unten“-Debatte rund um zweieinhalb Kilometer waren von Anfang an zu eng gefasst. Ausufernde Änderungsanträge, die die Förderaussichten gefährdeten waren die Folge. Daraus muss man in der Politik lernen.

Im April 2025 hat der Rat den unterirdischen Ausbau beschlossen – gegen unsere Stimmen. Wie kam es dazu?

2020

Wahlprogramm

Lange bevor die Planungen abgeschlossen waren und die Details auf dem Tisch lagen, befürworteten wir in unserem Wahlprogramm, den Neumarkt „langfristig durch einen mehrgleisigen Tunnel [zu entlasten]“ (S. 15).

2022

Fachgespräche,
politisches
Begleitgremium

Die ersten Fachgespräche offenbarten eine komplexere Gemengelage. Wir entschieden uns, einen Schritt zurückzutreten und uns unvoreingenommen mit den Details auseinanderzusetzen – im Gegensatz zu einem Großteil der Fraktionen, die neue Informationen stetig so verbogen, dass sie die eigene Position bestätigten.

2023

Klausurtagung

Während die Stadtverwaltung die Planungen finalisierte, sammelten wir unsere Erkenntnisse, luden Interessenvertretungen beider Seiten ein und fragten die Parteibasis nach einer Einschätzung. 61 Prozent der teilnehmenden Parteimitglieder sprachen sich für einen oberirdischen Ausbau aus, 39 Prozent für einen unterirdischen.

2024

Beschlussvorlage,
Fragen, Verhandlungen,
Änderungsanträge

Im Juni wurde die Beschlussvorlage samt Plänen, Ansichten sowie über 100 Dokumenten veröffentlicht. Wir nahmen eine politische Priorisierung des Kriterienkatalogs vor: Der Kapazitätsgewinn sowie dessen zeitnahe Realisierung und die Nutzungsfreundlichkeit standen ganz oben. Zudem befürchteten wir, dass die Mobilitätswende in den anderen Veedeln zu kurz kommt, wenn die Ressourcen der Stadtverwaltung über Jahrzehnte hinweg auf den Tunnelbau in der Innenstadt konzentriert werden. Wir sprachen uns im Dezember für die oberirdische Ausbauvariante mit versetzten Haltestellen am Neumarkt aus.

[1037/2024](#) [AN/1736/2024](#)

2025

Beschluss

Nach monatelangen Debatten, in der sich weite Teile der Kommunalpolitik nur noch um sich selbst drehten, stand endlich eine Entscheidung – auch wenn sie nicht in unserem Sinne ausfiel: Gegen unsere Stimmen wurde die unterirdische Variante beschlossen.

Soziales und Gesundheit

AN/0133/2023 AN/1962/2023 Initiiert von Volt

Ausstehend

Ersthelfer-App

Insbesondere im Bereich der Reanimation spielen Ersthelfer*innen eine entscheidende Rolle in der Rettungskette. In vielen Städten retten geschulte Freiwillige per App Leben – dieses erfolgreiche Modell holen wir jetzt auch nach Köln. Durch entsprechende Apps können qualifizierte Helfer*innen alarmiert werden, die noch vor dem Rettungsdienst mit einer professionellen Reanimation beginnen.

Die Beantwortung unserer Anfrage zeigte: Die Stadt arbeitet zwar seit 2020 an einem Konzept für eine Ersthelfer-App, hat die Umsetzung allerdings immer wieder verschoben. Um neue Bewegung in das Projekt zu bringen, haben wir einen politischen Beschluss gefasst und Mittel bereitgestellt. Statt der ursprünglich erhofften Umsetzung in 2024 soll die Vergabe nun 2025 abgeschlossen werden.

AN/0605/2023 Initiiert von Volt

Qualifizierung für Mitarbeitende mit Bürger*innenkontakt

Viele Bürger*innen sind systemischer Diskriminierung ausgesetzt. Um allen einen möglichst diskriminierungsfreien Zugang zu städtischen Services zu ermöglichen, haben wir regelmäßige Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeitende der Stadt beantragt. Im zweiten Quartal dieses Jahres finden verpflichtende E-Learnings und Präsenzs Schulungen statt – zunächst für Führungskräfte.

Haushalt

Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle

Das Bündnis hat sich gemeinsam dafür eingesetzt, dass die Stadt weiterhin Stellen zur Schwangerschaftskonfliktberatung bezuschusst. Außerdem unterstützen wir die Weiterfinanzierung einer Stelle im Bereich Geburtshilfe in Geflüchtetenunterkünften.

AN/1730/2024

Fortführung des Anonymen Krankenscheins

Der Anonyme Krankenschein ermöglicht Menschen ohne Krankenversicherung nach einer Beratung den Zugang zu medizinischer Behandlung und Medikamenten. Er dient als Überweisungs- sowie Rezeptschein und war zunächst bis Ende 2024 befristet. Wir haben die Fortführung gesichert.

1154/2021 3439/2022 1630/2023
2385/2023 AN/0509/2024

Drogenhilfekonzzept

Wir haben die Stadtverwaltung und Träger*innen beim Ausbau der Drogenkonsumräume unterstützt. Am Neumarkt wurden die Öffnungszeiten verlängert; für Kalk wurde ein Träger gefunden. Die Konsumräume bieten suchtkranken Menschen sichere Konsummöglichkeiten. Eine große Herausforderung bleibt der Mangel an tagesstrukturierenden Angeboten, besonders am Neumarkt. Zudem sind Drogenkonsumräume, wie sie aktuell erlaubt sind, nicht zu Ende gedacht: Sie ermöglichen den Konsum, nicht aber den regulierten Erwerb von Drogen oder Ersatzmitteln. Der Bund muss endlich die Grundlage schaffen, um Betroffene besser zu unterstützen, die Szene zu entzerren und den öffentlichen Raum zu entlasten.

AN/0937/2024 Initiiert von Volt Ausstehend

Täter*innenarbeit

Wir haben eine Kampagne zur Gewaltprävention beauftragt, die aufklärt, frühzeitig sensibilisiert und Angebote für Täter*innen, Betroffene und ihr Umfeld sichtbar macht. Eine zentrale Website bündelt diese Informationen übersichtlich. Ziel ist nachhaltiger Opferschutz durch Prävention und die Förderung von Verantwortungsübernahme. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Istanbulkonvention lokal ab Herbst 2025.

AN/2060/2023 Initiiert von Volt Ausstehend

Stillfreundliche Kommune

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Köln die Zertifizierung „Stillfreundliche Kommune“ erhält. Dafür sollen stillfreundliche Orte in Geschäften, Gastronomien und Bezirksrathäusern mit Sitzgelegenheiten, Wasserzugang und informiertem Personal ausgestattet werden. Diese werden digital und vor Ort gekennzeichnet. Ziel ist es, das Stillen im öffentlichen Raum zu erleichtern und zu fördern.

1915/2022 Haushalt

Seenotrettung

Wir haben die Initiative „Köln rettet!“ der Lokalgruppe Köln des sea eye e.V. unterstützt, um die Seenotrettung im Mittelmeer sichtbar zu machen. Der Verein veranstaltet Diskussionsforen und Vorträge in Köln. Die Förderung ergibt sich aus der migrationspolitischen Haltung der Stadt Köln, die dem Bündnis „Sichere Häfen“ angehört und die Potsdamer Erklärung unterzeichnet hat.

AN/0421/2025

Platz für Pflege

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in Bebauungsplanverfahren ab 500 Wohneinheiten zukünftig Räumlichkeiten für Pflegedienstleistungen verpflichtend mitgedacht werden. Kindertagesstätten und Servicewohnen bzw. Pflegeeinrichtungen sollen explizit zusammen gedacht werden.

AN/0027/2024 0681/2024 Misserfolg

Vergütung der Kindertagespflege

Wir setzen uns seit Jahren für eine faire Vergütung von Tagespflegepersonen ein – orientiert an dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst und über dem Mindestlohniveau. Bisher fehlen ein politischer Beschluss sowie das Engagement der Verwaltung. Der finanzielle Mehrbedarf beträgt rund 10 Millionen Euro.

0783/2022 Haushalt

Housing First

Bei „Housing First“ steht die Unterbringung obdachloser Menschen im Mittelpunkt. Wir haben die Umsetzung mit insgesamt 1,8 Millionen Euro gefördert. Dadurch konnten 46 Menschen mit Wohnraum versorgt werden. Ihnen wird Unterstützung angeboten, um etwaige Armut, Erwerbslosigkeit und Erkrankungen zu überwinden. Das ursprüngliche Ziel, 90 straßenobdachlose Menschen mit Regelwohnraum zu versorgen, wurde nicht erreicht. Die Gründe dafür sind der Mangel an Grundstücken und Wohnraum insgesamt sowie die städtische Haushaltslage.

Haushalt

Obdachlosenhilfe

Wir haben eine Million Euro pro Jahr für Kälteschutz, Hotlines und Einfachhotels für obdachlose Menschen bereitgestellt. Mehr dazu erfährst Du unter *Öffentlicher Raum*.

AN/2226/2022 2556/2024 AN/0746/2025
 Haushalt Initiiert von Volt

Mehr öffentliche Toiletten für Köln

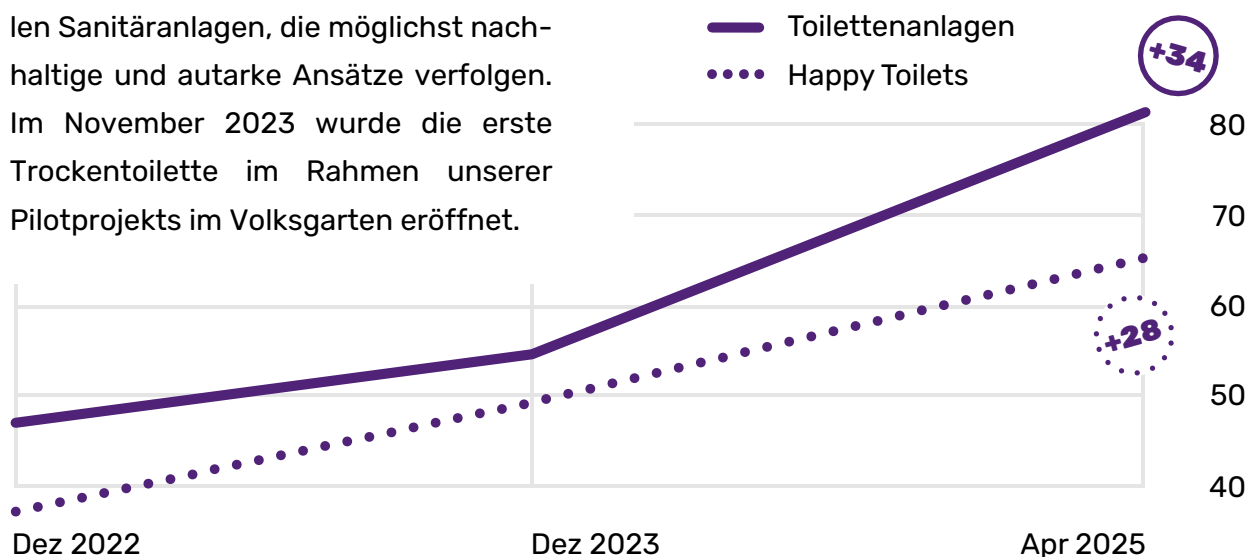
Öffentliche Toiletten sind ein wesentlicher Bestandteil einer lebenswerten Stadt. Obwohl Köln 2013 ein umfassendes Toilettenkonzept beschlossen und die Infrastruktur seither schrittweise ausgebaut hat, fehlt es weiterhin an einer flächendeckenden, barrierefreien Versorgung. Dabei tragen öffentliche Toiletten zur Aufenthaltsqualität und gesellschaftlichen Teilhabe bei.

Für den Ausbau der Toiletteninfrastruktur haben wir von 2023 bis 2026 insgesamt zusätzlich zwei Millionen Euro im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises bereitgestellt.

Im Dezember 2022 haben wir ein Pilotprojekt angestoßen: In verschiedenen Veedeln sollen neue Toilettenangebote erprobt werden. Der Fokus liegt auf barrierefreien und geschlechtsneutralen Sanitäranlagen, die möglichst nachhaltige und autarke Ansätze verfolgen. Im November 2023 wurde die erste Trockentoilette im Rahmen unserer Pilotprojekts im Volksgarten eröffnet.

Bei dieser Toilette handelt es sich um ein ökologisch autarkes Modell von „holy shit“, das mit dem Kölner Designpreis ausgezeichnet wurde. Dieses Jahr soll ein zweiter Standort realisiert werden. Außerdem haben wir initiiert, fünf Toiletten des kindgerechten Konzepts „Oilette“ zu testen, um dem Mangel auf Spielplätzen zu begegnen.

In den letzten zweieinhalb Jahren sind über 60 neue Toilettenangebote hinzugekommen. Rund die Hälfte sind sogenannte „Happy Toilets“. Im Rahmen dieses Programms kooperiert die Stadt mit Gastronomiebetrieben, die ihre Toiletten der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Insgesamt zählt Köln im April 2025 146 öffentliche Toiletten. Weitere Anlagen entstehen derzeit am Neumarkt und im Domumfeld.



Gesundheitscampus

Die drei städtischen Krankenhäuser werden zu einem hochmodernen Gesundheitscampus fusioniert. So sichern wir ihre Wirtschaftlichkeit und medizinische Exzellenz.

Rote Zahlen

Die drei städtischen Kliniken Amsterdamer Straße, Holweide und Merheim stecken in einer Krise. Sie sind hochdefizitär, unter anderem, weil Betten aufgrund des Mangels an Pflegekräften nicht ausgelastet sind. Im Jahr 2024 haben die Krankenhäuser einen Verlust von rund 114 Millionen Euro verzeichnet. Dieses Minus muss über den städtischen Haushalt ausgeglichen werden. Um einer drohenden Privatisierung der Kliniken entgegenzuwirken, haben wir als Ratsbündnis die Kliniken beauftragt, ihr Defizit schrittweise zu senken – mindestens um 10 Millionen Euro pro Jahr. Ein notwendiger Personalabbau außerhalb der Pflege, etwa im Verwaltungssektor, soll sozialverträglich über natürliche Fluktuation, nicht über betriebsbedingte Kündigungen, erreicht werden.

 AN/1038/2024

Das Zukunftsmodell

In einer richtungsweisenden Entscheidung haben wir im Juni 2023 das sogenannte Zukunftsmodell verabschiedet. Dieses sieht vor, die drei Krankenhäuser zu einem modernen Klinikkomplex zusammenzuführen. Am Standort Merheim soll ein Gesundheitscampus entstehen, der zum einen eine exzellente medizinische Versorgung und zum anderen die notwendige Wirtschaftlichkeit bieten wird. Die Konzentration aller medizinischer Leistungen – mit Ausnahme der Kinder- und Jugendpsychiatrie – an einem Standort ermöglicht eine ganzheitliche Behandlung der Patient*innen, ohne personelle oder medizinische Doppelstrukturen. Das Zukunftsmodell sichert dem Klinikkomplex den Status eines Maximalversorgers. So wird auch rechtsrheinisch die bestmögliche Versorgung sichergestellt. Vor dem Hintergrund der Klinikreform drohten Abstufungen und Einbußen in der Versorgung. Darüber hinaus wird der Gesundheitscampus einen Beitrag zur Gewinnung von Pflegepersonal leisten. Damit dieser Neustart wirtschaftlich unbelastet vonstattengehen kann, haben wir den städtischen Kliniken im Dezember 2024 ermöglicht, ihre Gesellschafterdarlehen in Höhe von 533 Millionen Euro bilanziell abzuschreiben. Der vollständige Umzug nach Merheim ist bis 2031 geplant.

 0551/2023  AN/1258/2023

250

Millionen Euro erhielten die Kliniken im Dezember 2024 vom Land als Einzelförderung für den Gesundheitscampus – ein Meilenstein.

//

Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundstücke der Kliniken in Riehl und in Holweide nicht auf den freien Markt gelangen, sondern weiterhin dem Gesundheitsstandort Köln dienen.

Jennifer Glashagen über die Folgen des Umzugs nach Mehrheim für die Standorte Riehl und Holweide

Integration und Gleichstellung

AN/0901/2022  Initiiert von Volt  Ausstehend

Welcome Desk

Mit dem International Welcome Desk wollen wir Köln besser auf den Fachkräftemangel vorbereiten. In der Herbstumfrage der IHK Köln zählen rund 60 Prozent der befragten Unternehmen den Fachkräftemangel zu den Hauptrisiken für die wirtschaftliche Entwicklung.³ Wer aus dem Ausland hierherkommt, soll sich nicht durch unübersichtliche Strukturen kämpfen müssen. Ziel ist eine zentrale Anlaufstelle, die in mehreren Sprachen verständlich erklärt, wie Arbeiten, Wohnen, Schule, Kita und Behördengänge in Köln funktionieren.

Der Welcome Desk soll keine neue Bürokratie schaffen, sondern bestehende Angebote bündeln, verständlich aufbereiten und besser vernetzen – ohne dass man sich durch zahlreiche Internetseiten klicken oder diverse Ämter kontaktieren muss. KölnBusiness hat im Auftrag des Rates ein erstes Konzept vorgelegt – ein guter Anfang. Doch bislang ist es dabei geblieben; eine konkrete Umsetzung steht noch aus.

³ <https://www.ihk.de/koeln/hauptnavigation/presse/pressemeldungen2024/pm-konjunktur-herbst-2024-6279906>

AN/0493/2022 Initiiert von Volt

Hackathon

Wir haben die Durchführung eines Hackathons für Schülerinnen initiiert, um gezielt Mädchen und junge Frauen für IT-Berufe zu begeistern. Hintergrund ist die fortbestehende strukturelle Benachteiligung von Frauen in der digitalen Welt, die sich in Unterrepräsentation in relevanten Ausbildungswegen und Berufen, einem geringeren Digitalisierungsgrad und fehlendem Wissen über vielfältige Karriereperspektiven im IT-Bereich zeigt.

AN/1415/2021 2408/2024 AN/0741/2025

Einfache Sprache

Behördenschreiben sind oft schwer verständlich; besonders für Menschen, die nicht so gut Deutsch sprechen oder Leseschwierigkeiten haben. Einer unserer ersten Anträge sah vor, die städtische Kommunikation mittels Einfacher Sprache zu vereinfachen. Einfache Sprache macht komplizierte Inhalte durch kürzere Sätze und einfachere Wörter zugänglicher. In Workshops haben Mitarbeitende aus zwölf Ämtern zahlreiche Ansätze zur Implementierung erarbeitet. Zudem wurden über 100 Internetseiten der Stadt Köln in Leichte Sprache übersetzt – eine Weiterentwicklung der Einfachen Sprache. 200.000 Mal wurden diese Seiten innerhalb des ersten Jahres aufgerufen. Auch die Politik ist gefragt, ihre Anträge und Anfragen häufiger in Einfacher Sprache bereitzustellen.

1752/2024 Haushalt

Inklusive städtische Kundenzentren

Wie können städtische Services so gestaltet werden, dass sie wirklich für alle zugänglich sind? Mit dieser Frage haben wir uns im Jahr 2023 beschäftigt und das von der Stadtverwaltung initiierte Pilotprojekt „INSGES*AMT – Inklusive Service-Gestaltung im AMT“ unterstützt.

Ziel ist es, städtische Kundenzentren inklusiver zu machen, sodass sie den Bedürfnissen aller Bürger*innen gerecht werden – unabhängig von individuellen Einschränkungen oder Barrieren. Vier Kundenzentren in Chorweiler, Mülheim, Nippes und Lindenthal nehmen an dem Projekt teil, für das wir die entsprechenden Mittel bereitgestellt haben. In enger Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule Köln und einem interdisziplinären Team aus den Bereichen IT, Leichte Sprache, Grafik und Architektur sowie mit Menschen mit Behinderung entwickelte die Stadt Köln eine „Blaupause“. Diese Blaupause enthält Richtlinien, wie städtische Services barrierefrei gestaltet werden können.

Die Perspektiven der Betroffenen stellen sicher, dass die entwickelten Lösungen praxistauglich sind. Dieses Pilotprojekt legt dafür die Basis – mit dem Anspruch, auch über Köln hinaus als Best Practice zu dienen.

AN/1149/2022 AN/2059/2023 AN/0194/2025

Haushalt Initiiert von Volt

Kostenlose Menstruationsartikel

Der leichte Zugang zu kostenlosen Menstruationsartikeln soll Menstruierenden die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten ermöglichen. Wir initiierten, Binden und Tampons zunächst in den städtischen Bürgerhäusern Chorweiler, Deutz, Kalk und Stollwerck zur Verfügung zu stellen, um den Bedarf zu ermitteln und die Umsetzbarkeit zu erproben. Ein Jahr später beantragten wir, das Pilotprojekt auf Schulen auszuweiten. Der Erfolg soll anschließend quantitativ und qualitativ ausgewertet werden.

AN/0633/2025

Verhütungsmittel für Frauen mit geringem Einkommen fördern

Regelmäßige Ausgaben, wie die für die Pille, oder hohe einmalige Kosten, wie die für die Spirale, überschreiten insbesondere das Budget von Frauen mit geringem Einkommen – auch, weil die Pauschalbeträge im Rahmen von Sozialleistungen knapp bemessen sind.⁴ Das hat Folgen für das Verhütungsverhalten: Im Rahmen des Modellprojekts „biko“ gaben die befragten Frauen an, ohne eine Kostenübernahme weniger zuverlässige Methoden zu wählen oder ganz auf Verhütung zu verzichten.⁵

Der Grund: Etwa ein Drittel aller Befragten zwischen 16 und 24 Jahren gab in einer Umfrage an, die Ausgaben für Menstruationsartikel als finanzielle Belastung zu empfinden.² Unser langfristiges Ziel ist es, an allen weiterführenden Schulen in Köln Spender für Menstruationsartikel zu installieren und diese als Teil der Standardausstattung, ähnlich wie Toilettenpapier, bereitzustellen. Mit der Beantwortung unserer Anfrage zum aktuellen Stand rechnen wir in der zweiten Junihälfte, nach Publikation dieses Berichts.

Seit 2013 ermöglicht die Stadt Köln Menschen mit Uterus und mit geringem Einkommen eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln. Anspruchsberechtigt sind Menschen mit Köln Pass oder Menschen, die Leistungen nach SGBII, SGB XII, AsylbL, BAföG, BAB, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen. Als Ratsbündnis haben wir diesen Sonderfonds für das Jahr 2025 um 25.000 Euro aufgestockt, weil die Mittel zuvor immer schon im Herbst erschöpft waren.

⁴ Artikel online abrufbar unter plan.de/news/detail/menstruationsprodukte-in-deutschland-nicht-fuer-alle-bezahlbar.html

⁵ Pro familia (2019): Modellprojekt biko – Abschlussbericht, online abrufbar unter profamilia.de/ueber-pro-familia/projekte-und-kampagnen/biko

3,15

Millionen Euro haben wir zusätzlich im Rahmen des politischen Veränderungsprozesses für 2025/2026 für Integration und Antidiskriminierung bereitgestellt.

Über den Integrationsrat

Der Integrationsrat wird alle fünf Jahre gewählt. Für über 100.000 Nicht-EU-Bürger*innen in Köln ist es das einzige Wahlrecht. Der Integrationsrat wird vor wichtigen Entscheidungen des Rates zu Themen der Integration beteiligt und setzt sich für eine gleichberechtigte von Migrant*innen ein.

//

Vielfalt ist eine Stärke: Der Integrationsrat macht das einmal mehr deutlich. Und er ermöglicht einen wichtigen Perspektivwechsel. So haben wir auch den Sitz im Polizeibeirat an eine Vertreterin übertragen, die sich für Antirassismus engagiert.

Isabella Venturini über die wichtige Arbeit des Integrationsrats und unsere Akzente im Polizeibeirat

Planen, Bauen und Wohnen

3068/2022

Köln-Katalog

Der Köln-Katalog ist ein städtebauliches Entwicklungskonzept, das wir im März 2023 verabschiedet haben. Ziel ist es, kompakte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere zu fördern, die den begrenzten Raum effizient nutzen und gleichzeitig eine hohe Lebensqualität bieten. Obwohl wir nicht direkt an der Entwicklung des Köln-Katalogs beteiligt waren, unterstützen wir dessen Ziele. Im Rahmen der politischen Arbeit setzen wir uns für eine nachhaltige und lebenswerte Stadtentwicklung ein, welche mit den Zielen des Köln-Katalogs übereinstimmt.

3029/2024

Höhenkonzept

Mit dem Beschluss des Höhenentwicklungskonzepts (HEK) 2025 durch den Stadtentwicklungsausschuss wurde ein zentraler Meilenstein für Kölns Stadtentwicklung gesetzt. Seit dem Auftrag des Hauptausschusses im Jahr 2020 wurde das Konzept gemeinsam mit Fachleuten, politischen Gremien und der Öffentlichkeit erarbeitet. Es legt klare Leitlinien für die städtebauliche Höhenentwicklung in der inneren Stadt fest und führt nun als verbindliches Instrument zu mehr Transparenz und Verlässlichkeit. Ein zentrales Prinzip: Jedes neue Hochhaus muss einen konkreten Mehrwert für die Öffentlichkeit bieten.

1304/2020

Erbbaurecht: Bezahlbaren Wohnbau fördern

In Köln gibt es – wie in vielen Städten – brachliegende Flächen, die ehemals landwirtschaftlich, industriell oder anderweitig genutzt wurden. Viele Kommunen verkaufen solche Flächen und verlieren dadurch langfristig ihren Einfluss auf die Stadtentwicklung. Zwar lassen sich Bauprojekte vertraglich steuern, doch das Grundstück selbst entzieht sich der städtebaulichen Kontrolle. Hier setzt das Erbbaurecht an: Es erlaubt die Bebauung eines Grundstücks, ohne es zu verkaufen – quasi eine befristete Vermietung zu planbaren Konditionen. Der „Baustein 1“ des Erbbaurechts schafft hier klare Rahmenbedingungen und setzt gezielte Anreize für bezahlbaren Wohnraum. Für Bauvorhaben mit mindestens 30% gefördertem und 20% preisgedämpftem Wohnbau gilt: Der jährliche Erbbauzins, die „Miete“, beträgt für 60 Jahre nur 1,5% des nutzungsorientierten Verkehrswerts.

Otto-Langen-Quartier

Wir möchten, dass dieses Areal nicht ausschließlich von externen Investor*innen entwickelt wird, sondern soziokulturelle Einrichtungen aus der Stadtgesellschaft heraus entstehen. Durch unseren konsequenten Einsatz kann die Kulturinitiative raum13 hier nun entsprechende Maßnahmen entwickeln und umsetzen.

0149/2024

Erbbaurecht: Soziokulturelle Projekte fördern

Mit dem „Baustein 2“ des Erbbaurechts sichern wir die Zukunft vieler soziokultureller Einrichtungen auf städtischem Boden. Der Erbbauzins wird von 4 Prozent pro Jahr auf 0,75 Prozent gesenkt. Zudem ebnen wir den Weg für notwendige Sanierungen. Dazu werden wir bei erheblichen Investitionen sogar eine vollständige Aussetzung des Erbbauzinses ermöglichen. So können zum Beispiel historische Bauten erhalten werden. Dies stärkt nachhaltig das soziale und kulturelle Leben in Köln.

AN/0242/2023

Wohnraum-Report

Der Kölner Wohnungsmarkt gehört zu den angespanntesten in ganz NRW. Durch eine regelmäßige Evaluation können Verwaltung und Politik mögliche Stellschrauben zur Effizienzsteigerung der Prozesse identifizieren. Die Prognose erlaubt eine zielorientiertere Zusammenarbeit und eine bessere Kapazitätsplanung.

AN/1657/2024

Soziale Erhaltungssatzung

Soziale Erhaltungssatzungen haben das Ziel, die Wohnbevölkerung des Satzungsgebietes vor Verdrängungsprozessen und Gentrifizierung zu schützen. Als Ratsbündnis konnten wir vier weitere soziale Erhaltungssatzungen einführen.

Öffentlicher Raum

Die Debatte um die Ordnung des öffentlichen Raums polarisiert. Wir waren darauf bedacht, sie differenzierter zu führen – immer im Blick, dass es um Menschen geht.

Obdachlosigkeit

Während der Corona-Pandemie war die Situation obdachloser Menschen besonders prekär. Wir haben die kurzfristige Anmietung von Jugendherbergen und Hostels ermöglicht, weil eine Kontaktbeschränkung in den Notschlafunterkünften kaum möglich war. 2024 haben wir das „Kölner Konzept zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit“ verabschiedet, um Wohnungsverlust zu verhindern sowie Hilfen auszuweiten. Darin enthalten: ein Nachtcafé als nächtlicher Aufenthaltsort für obdachlose Menschen, eine Soziale Wohnraumagentur und ein Ausbau von Housing First.

[AN/0102/2021](#) [3439/2022](#) [4113/2023](#)

Offener Drogenkonsum

Wir vertreten eine menschenorientierte Drogenpolitik, die repressive Maßnahmen auch deswegen ablehnt, weil sie nicht nachhaltig wirken. Neben der Unterstützung von Präventions- und Beratungsangeboten sind sogenannte Drogenkonsumräume (DKR) eine zentrale Säule unserer Politik. Wir haben die Rahmenbeschlüsse bis zur Eröffnung des DKR am Neumarkt unterstützt. Um die offene Drogenszene einzudämmen, sehen wir den Bund in der Pflicht, eine Möglichkeit der kontrollierten Drogenabgabe in DKR zu schaffen. Wir haben weitere DKR in Kalk, Meschenich und Mülheim forciert – letztere wurden wegen fehlender Mittel zunächst zurückgestellt.

[AN/2154/2021](#) [AN/0509/2024](#)

Sauberkeit

2022 haben wir als Ratsbündnis den Masterplan „Sauberkeit“ initiiert. Zusammen mit externer Expertise und Kölner*innen im Rahmen einer Beteiligungsphase wurden 19 Maßnahmen ausgearbeitet, priorisiert und beziffert. Neben Prozessoptimierungen sind Intensivreinigungen von Hotspots sowie der Ausbau öffentlicher Toiletten Teil dieses Katalogs, den wir im Dezember 2024 beschlossen haben. Die ersten Intensivreinigungen am Neumarkt und den umliegenden Straßen fanden im April 2025 statt. Darüber hinaus haben wir der Einführung einer Steuer auf Einwegverpackungen ab 2026 zugestimmt, um Anreize für Mehrwegverpackungen zu setzen. Nach Angaben der AWB werden in Köln täglich 180.000 To-go-Becher weggeworfen.

[AN/0906/2022](#) [1674/2024](#)

Der Zielkonflikt zwischen Lärmschutz und sozialem Leben wird in Köln nirgends deutlicher als am Brüsseler Platz. Unsere Initiative für flächendeckende Lärmmessungen sowie ein breit getragener Antrag für ein Alkoholkonsum statt eines Verweilverbots erwiesen sich als weitsichtig.

Der Fall *Brüsseler Platz*

Der Brüsseler Platz im Herzen des Belgischen Viertels ist seit über 20 Jahren ein beliebter Treffpunkt. Nach einer ersten Klage verpflichtete sich die Stadt im Jahr 2013, vor Wochenenden und Feiertagen dafür zu sorgen, dass der Platz bis 24 Uhr verlassen wird. Apelle des Ordnungsamts, Mediationsverfahren und Ausweichflächen führten nicht zur notwendigen Lärmverringerung. Einer erneuten Klage von Anwohnenden wurde stattgegeben, erst beim Verwaltungsgericht und nach Berufung der Stadt im Jahr 2023 dann auch beim Obergericht. Messungen haben ergeben, dass der Lärm gesundheitsgefährdend ist. Das Gericht legte eine Kaskade von Maßnahmen nahe. Diese umfasste einen verstärkten Einsatz des Ordnungsamts, ein Alkoholkonsumverbot, ein nächtliches Verweilverbot und als letztes Mittel eine Sperrung des Platzes.

Eine Frage der Verhältnismäßigkeit

Die Stadt verhängte ab Februar 2025 vor Wochenend- und Feiertagen ein nächtliches Verweilverbot. Wir kritisierten schon zu Beginn die unzureichende Datenbasis. Gemeinsam mit Grünen, CDU und SPD beauftragten wir, Lärmmessungen durchzuführen sowie zu prüfen, ob ein Alkoholkonsumverbot als mildere Alternative genüge. Als die Stadt einen Monat später vorschlug, das Verweilverbot wochentags auszuweiten, ohne die bisherige Stufe auszuwerten, initiierten wir, stattdessen ein Alkoholkonsumverbot einzuführen und den Lärm flächendeckend zu messen. Als dann ein Eilbeschluss des Verwaltungsgerichts im Zuge einer Klage gegen das Verweilverbot im Grunde unsere Position bestätigte, hob die Stadt das Verweilverbot auf und untersagte fortan den Konsum und das Mitführen von Alkohol. Darüber hinaus setzt sich Köln nun dafür ein, die Immissionsschutzgesetze auf Landesebene so anzupassen, dass diese einerseits dem Ruhebedürfnis und andererseits dem sozialen Leben gerecht werden.

[AN/0187/2025](#) [AN/0388/2025](#) [AN/0580/2025](#)



Schon durch die Geräuschkulisse von 20 bis 50 Menschen werden

60 dB (A)

erreicht – der kritische Wert bei innerstädtischer Wohnnutzung.

Klima, Umwelt und Nachhaltig- keit

📄 AN/1365/2023 📄 4011/2024 ✍️ Initiiert von Volt

Entsiegelung

Unser langfristiges Ziel ist die Erstellung eines Entsiegelungskatasters, um Entsiegelungspotentiale in der Stadt systematisch zu erfassen. Da sich die Erstellung verzögert, haben wir kurzfristig ein Sofortentsiegelungsantrag eingebracht. Auf einem Teilbereich der Zülpicher Straße werden derzeit 1.000 Quadratmeter in eine zusammenhängende Grünfläche umgewandelt.

AN/0382/2025

Windenergie in Köln vorantreiben

Ein Ausbau der Windenergie „auf dem Stadtgebiet Kölns“ ist ein Baustein, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen.⁶ Im Kölner Norden sollen bis zu 13 Windräder entstehen – sie alleine könnten bis zu 52.000 Haushalte versorgen. Wir beauftragten zusammen mit Grünen und SPD die Stadtverwaltung, eine Positivplanung dieser von RheinEnergie vorgesehenen Windenergieanlagen vorzubereiten. Wir sehen, wie RheinEnergie in ganz Deutschland Windkraftanlagen baut, nur vor der Haustür sind die Hürden zu hoch. Wir wollen alle planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, damit es endlich vorangeht.

AN/1120/2023  Initiiert von Volt

Klimabildung für Erwachsene

Wir haben eine wissenschaftlich fundierte und zugleich leicht zugängliche Informationskampagne angestoßen, die Bürger*innen für die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels sensibilisiert – in Zusammenarbeit mit Umweltbildungseinrichtungen.

AN/0240/2022 AN/0245/2022  Misserfolg

Straßenbäume

Wir haben uns in den letzten Jahren intensiv für mehr Straßenbäume eingesetzt – leider mit wenig Erfolg. Unsere Anträge zielten darauf ab, den Bestand durch Ersatzpflanzungen zu sichern, jährlich über Baumverluste und Neupflanzungen zu berichten (Baumkataster), Schutzmaßnahmen bei Baustellen umzusetzen und Engagement der Bürger*innen zu fördern. Die Verwaltung verweist neben hohen Kosten auf fehlende Anbieter. Wir sehen: Mehr Geld allein löst das Problem nicht.

AN/2032/2022 0333/2025  Initiiert von Volt

Klimaschutzpreis

Auf unsere Initiative hin verleiht die Stadt Köln ab 2025 alle zwei Jahre einen Klimaschutzpreis für Projekte zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, um das Bewusstsein für die Klimakrise zu schärfen. Konkret möchten wir die vielen Initiativen in der Stadtgesellschaft hervorheben und Best Practices finden. Bewerben können sich Kitas, Schulen sowie Vereine und Initiativen aus Köln. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

⁶ Fachgutachten „Klimaneutrales Köln 2035“, Band 1, S. 196.

AN/0364/2023

Böllerverbotszone

Jedes Jahr verursachen Feuerwerkskörper an Silvester erhebliche Belastungen: Lärm, Feinstaub und schwere Verletzungen betreffen sowohl Menschen als auch Tiere. Zudem nehmen Angriffe auf Rettungs- und Einsatzkräfte zu. Zum Schutz von Mensch und Tier haben wir daher eine Böllerverbotszone linksrheinisch innerhalb der Ringe eingerichtet – mit Erfolg: In Köln sinkt die Zahl der Straftaten an Silvester stetig.

AN/1336/2021 ☹ Misserfolg

Photovoltaik auf städtischen Dächern

Im Vergleich zu anderen Großstädten ist der Ausbau von PV auf öffentlichen Einrichtungen sehr gering. Hier müssen wir als Stadt mit Vorbildfunktion dringend besser werden. Der Ausbau ist bisher nicht in einem zufriedenstellenden Maße erfolgt.

🏠 Haushalt

Trinkbrunnen

Trinkwasserbrunnen sind in Köln beliebt, aber mit nur zwölf Brunnen noch begrenzt. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern haben wir eine Finanzierung für weitere neun Brunnen sichergestellt. Besonders bei heißem Wetter sind sie vor allem für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen und Kinder wichtig.

AN/1628/2022 1480/2023 ✍ Initiiert von Volt

Biotonne für alle

Nur 66 Prozent der Kölner Haushalte verfügen über eine Biotonne – dabei bestehen rund 40 Prozent des Restmülls aus Bioabfällen. Eine wertvolle Ressource für regenerative Energie bleibt so ungenutzt. Das wollten wir ändern und initiierten, eine Anschlussverpflichtung in verschiedenen Veedeln zu erproben, begleitet von einer Informationskampagne zur richtigen Mülltrennung. Seit Februar 2024 wurden 1.200 Adressen in Bickendorf und Buchforst mit Biotonnen ausgestattet. Ziel ist es, die Menge an Restmüll zu verringern und herauszufinden, ob sich dabei mehr Bioabfall in guter Qualität gewinnen lässt. Im Juni 2025 wird sich zeigen, ob die Ergebnisse des Pilotprojekts eine stadtweite Einführung rechtfertigen.

AN/1377/2021 2243/2023 AN/2006/2023

Aktionsplan Klimaschutz

Köln soll bis 2035 klimaneutral werden. Das haben wir 2021 beschlossen. Was zählt, ist aber nicht eine Jahreszahl, sondern konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz. Die soll der Aktionsplan Klimaschutz, der 2023 verabschiedet wurde, aufzeigen. Wir sehen aber nicht, dass die darin enthaltenden Maßnahmen ausreichen und fordern auch von den städtischen Beteiligungen konkretes Handeln.

2243/2023 AN/2006/2023 2381/2024

Digitales Klimaschutz-Monitoring

Die Stadt Köln wurde von uns beauftragt, eine digitale Plattform zu entwickeln, welche die Fortschritte des Klimaschutz-Aktionsplans sichtbar macht. Uns war es wichtig, von vornherein die Umsetzung des Plans zu überwachen und sowohl Fortschritte als auch Rückstände hervorzuheben: öffentlich, transparent und nachvollziehbar. Das Monitoring Tool zeigt uns nun die Maßnahmen, welche die Stadt und ihre Unternehmen wie RheinEnergie oder KölnBäder durchführen. Der Status jedes Projekts wird einmal im Quartal aktualisiert. Außerdem werden die Treibhausgasbilanz und einige weitere Kennziffern veröffentlicht. Zukünftig sollen auch die Auswirkungen der Maßnahmen auf unsere Treibhausgasbilanz als Prognose dargestellt werden. Darüber hinaus sollen Indikatoren, die keinen direkten Einfluss auf die Bilanz haben, aufgeführt werden – zum Beispiel die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien oder die gefahrenen Fahrradkilometer. Auch dann werden wir voraussichtlich wieder sehen: Es braucht mehr konkrete Maßnahmen.

www.klimaschutz-monitoring.koeln



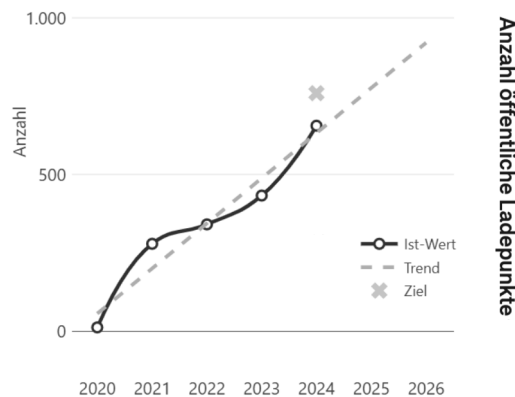
Installierte Photovoltaik-Leistung auf dem Kölner Stadtgebiet



Datentabelle anzeigen >

Referenz: Marktstammdatenregister (Stand: 01.2025)

4.7.	4.8.	4.9.
Abgeschlossen	Umsetzung (Planmäßig)	Umsetzung (Unplanmäßig)
Nachhaltige Mobilität der Stadtbibliothek	Besser durch Köln - Sustainable Urban Mobility Plan (SUMP)	Ladesäuleninfrastruktur im öffentlichen Straßenraum



Fortschritt



Schule und Jugend

AN/0147/2023 Haushalt Initiiert von Volt

Psychische Gesundheit an Schulen fördern

Der Bedarf an psychischer Unterstützung bei Schüler*innen steigt – besonders zu Zeiten der Corona-Pandemie. Um dem zu begegnen, haben wir im Haushalt gezielt Mittel bereitgestellt: Wir fördern Projekte, die an Schulen über psychische Gesundheit aufklären, Schüler*innen unterstützen und Lehrkräfte sensibilisieren. Mit diesen Mitteln hat die Bezirksschüler*innenvertretung über 60 Workshops mit geschultem Fachpersonal organisiert.

AN/1238/2021 AN/1653/2023

Digitales Klassenbuch

Das Führen eines analogen Klassenbuches ist mit viel Aufwand und Zettelwirtschaft verbunden. Das digitale Klassenbuch unterstützt die Unterrichtsplanung und -dokumentation von Lehrkräften und spart Zeit.

1562/2024 ☹ Misserfolg

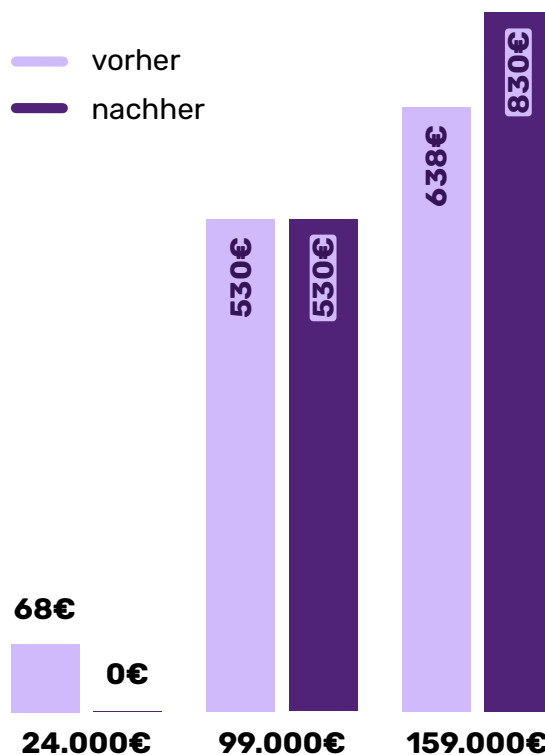
Kurt-Tucholsky-Schule

Wir brauchen mehr Gesamtschulplätze. Dennoch entschieden wir uns 2022 zunächst dafür, die Kurt-Tucholsky-Hauptschule zu erhalten – nicht zuletzt wegen ihrer starken Arbeit in den Bereichen Inklusion, Integration und Schulsozialarbeit. Auch Kritik am Raumkonzept und an der mangelnden Verkehrsanbindung sprachen dafür, die Situation zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu bewerten. 2024 war die Situation dann eine andere: Der Bau angrenzender Schulen verzögert sich, die Zahl der Ablehnungen an rechtsrheinischen Schulen ist gestiegen. Wir unterstützten daher den Vorschlag der Stadtverwaltung, die nicht ausgelastete Hauptschule in eine benötigte Gesamtschule umzuwandeln. Eine politische Mehrheit konnten wir nicht organisieren – die Entscheidung wurde um ein weiteres Jahr verschoben.

1531/2024

Gebühren für Kita und OGS sozial gerechter

Kita-Gebühren sind für Familien mit kleinem Einkommen eine große Belastung. Mit der neuen Gebührenordnung für Kitas und offene Ganztagschulen (OGS) entlasten wir genau diese Gruppe. Drei neue Beitragsstufen sorgen für eine stärkere Differenzierung im oberen Einkommensbereich und ermöglichen eine gerechtere Verteilung. Den Freibetrag erhöhen wir von rund 12.000 Euro auf knapp 25.000 Euro pro Jahr. Damit machen wir die Kita für mehr einkommensschwache Familien kostenlos. Eltern mit einem Jahreseinkommen von bis zu 100.000 Euro zahlen nicht mehr als bisher. Das ist sozial gerecht.



Monatlicher Kita-Beitrag für ein Kind unter zwei Jahren bei 45 Wochenstunden im Vorher-Nachher-Vergleich **beispielhaft** unterschieden nach Jahreseinkommen der Eltern.

AN/0132/2025

Offene Schulhöfe

Die Öffnung von Schulhöfen außerhalb der Unterrichtszeiten hat sich als niedrigschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche bewährt. Sie bietet gerade in dichtbesiedelten Stadtteilen dringend benötigte Bewegungs- und Begegnungsräume – kostenlos und wohnortnah. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zeigen: Die Schulhöfe wurden intensiv genutzt, besonders für Ballspiele und spontane Freizeitaktivitäten. Die von der Stadt befürchteten Probleme wie Vandalismus oder Ruhestörungen sind weitgehend ausgeblieben. Auch die wissenschaftliche Begleitung durch die Deutsche Sporthochschule Köln bestätigt den großen Mehrwert für die Gesundheit und das soziale Miteinander der jungen Generation. Umso überraschender war auch für uns die Nachricht, dass diese Erfolgsgeschichte wegen fehlender Finanzierung enden soll. Wir skizzierten pragmatische Ansätze, wie das Projekt weitergeführt werden könnte – zum Beispiel Schulhofpatenschaften oder Abstimmungen mit Schließdiensten, Hausmeister*innen und Sportvereinen.

Fertiggestellte sowie geplante
Entsiegelungen von Schulhöfen:

AN/1096/2021

Zeugnisübergabe trotz Corona-Pandemie

Wir setzten uns dafür ein, die Situation für Schüler*innen während der Pandemie zu verbessern, indem wir die Stadt ermutigten, städtische Flächen für eine angemessene, Corona-konforme Zeugnisübergabe und Feier bereitzustellen.

AN/0125/2025

KLASSE-Projekt

Im KLASSE-Projekt werden Schulen für nachhaltiges Handeln belohnt: Sie erhalten anteilig Geld, das durch ihre Projekte gespart wird. Mit einem Dringlichkeitsantrag konnte unser Bündnis das Einstellen dieses Projektes verhindern und stattdessen eine Neuaufstellung auf den Weg bringen.

AN/1939/2023 3303/2023

Entsiegelung von Schulhöfen

Durch Entsiegelung und Bepflanzung sollen Schulhöfe, die häufig eher Betonwüsten gleichen, Schattenflächen gewinnen. Durch eine Begrünung fördern wir ein besseres Mikroklima. Hiervon profitieren alle Schüler*innen, aber auch alle anderen Kölner*innen, da durch kleine grüne Oasen das gesamte Stadtklima verbessert wird. Die ersten Schulhöfe wurden bereits entsiegelt, zahlreiche weitere sind in Planung.

1	3	3	4	13
2023	2024	2025	2026	ab 2027

AN/0366/2024

Schulstraßen ausweiten

Mit dem Pilotprojekt Schulstraßen haben wir gemeinsam mit der Verwaltung ein wegweisendes Konzept auf den Weg gebracht, um die Sicherheit vor Kölner Schulen zu erhöhen. Ziel ist es, den oft gefährlichen Hol- und Bringverkehr zu reduzieren und sichere, kindgerechte Schulwege zu schaffen. In enger Zusammenarbeit mit Schulleitungen und der Zivilgesellschaft, etwa durch die Initiative KidicalMass, startete das Projekt an vier Schulen in Ehrenfeld, Ossendorf, Höhenhaus und Brück. Zu Schulbeginn und -ende wurden temporäre Einfahrverbote eingerichtet, begleitet von Informationskampagnen und einer aktiven Beteiligung der Eltern und Nachbarschaft. Die Evaluation zeigt: Schulstraßen führen zu einer Entspannung der Verkehrssituation und erhöhen die Sicherheit rund um die Schulen. Dank unseres Antrages hat die Verwaltung nun die dauerhafte Einrichtung dieser Schulstraßen vorbereitet. Schulstraßen wie in Köln – ein hausgemachtes Best Practice.

4065/2021 2360/2022

Schulbaugesellschaft

In Köln gibt es einen Mangel an Schulplätzen. Die Schulbaugesellschaft agiert als schnelles Beiboot des Bauamts und konzentriert sich ganz auf den Schulbau. Dies wird die Geschwindigkeit im Schulbau steigern, sodass bald mehr Schulplätze zur Verfügung stehen. In 2025 werden voraussichtlich 19 Schulbauprojekte abgeschlossen.

9,15

Millionen Euro haben wir im Rahmen des politischen Veränderungs nachweises für 2025 und 2026 zusätzlich für die Kinder- und Jugendarbeit bereitgestellt – der größte Teil unserer Umschichtungen.

Kunst und Kultur

🏠 Haushalt ✍️ Initiiert von Volt

Freie Szene fördern

Die Freie Szene ist eine wichtige Akteurin für die Vielfalt der Kunst- und Kulturszene in Köln. Für die Haushaltsjahre bis 2024 konnten wir jährlich eine Million Euro zusätzlich für die Szene zur Verfügung stellen und zusammen mit der Stadtverwaltung weitere Vorteile wie beispielsweise die Mitnutzung des Depots ermöglichen.

AN/1614/2024 3770/2024

Musikclubs sind Kulturorte

Mit unserem Antrag setzten wir uns für die rechtliche Gleichstellung von Musikclubs und Livemusikspielstätten mit anderen kulturellen Einrichtungen ein. Denn Clubs sind weit mehr als „Vergnügungsstätten“ – sie sind Orte der kulturellen Vielfalt, kreative Plattformen für Nachwuchskünstler*innen und identitätsstiftender Bestandteil der urbanen Kultur in Köln. Trotz der gewachsenen Anerkennung durch die Stadt – etwa durch das Popkulturförderkonzept, den Lärmschutzfonds oder das Clubkataster – bleibt die bundesgesetzliche Einstufung ein zentrales Hemmnis. Deshalb fordern wir die Verwaltung auf, sich gegenüber Land und Bund für eine Novellierung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) und der technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA) starkzumachen.

AN/2100/2022 AN/0595/2025 Initiiert von Volt

Ausstehend

Digitales Ticketing

Wir setzen uns für die Einführung eines digitalen Ticket-Systems ein. Dies ermöglicht den Museen eine optimale Auslastung und Steuerung der Besucher*innenströme und führt gleichzeitig für die Besucher*innen zu einer besseren Übersicht über die Auslastung und zu Kosteneinsparungen durch den Kauf günstiger Tickets.

AN/2595/2021 Misserfolg

Kulturticket

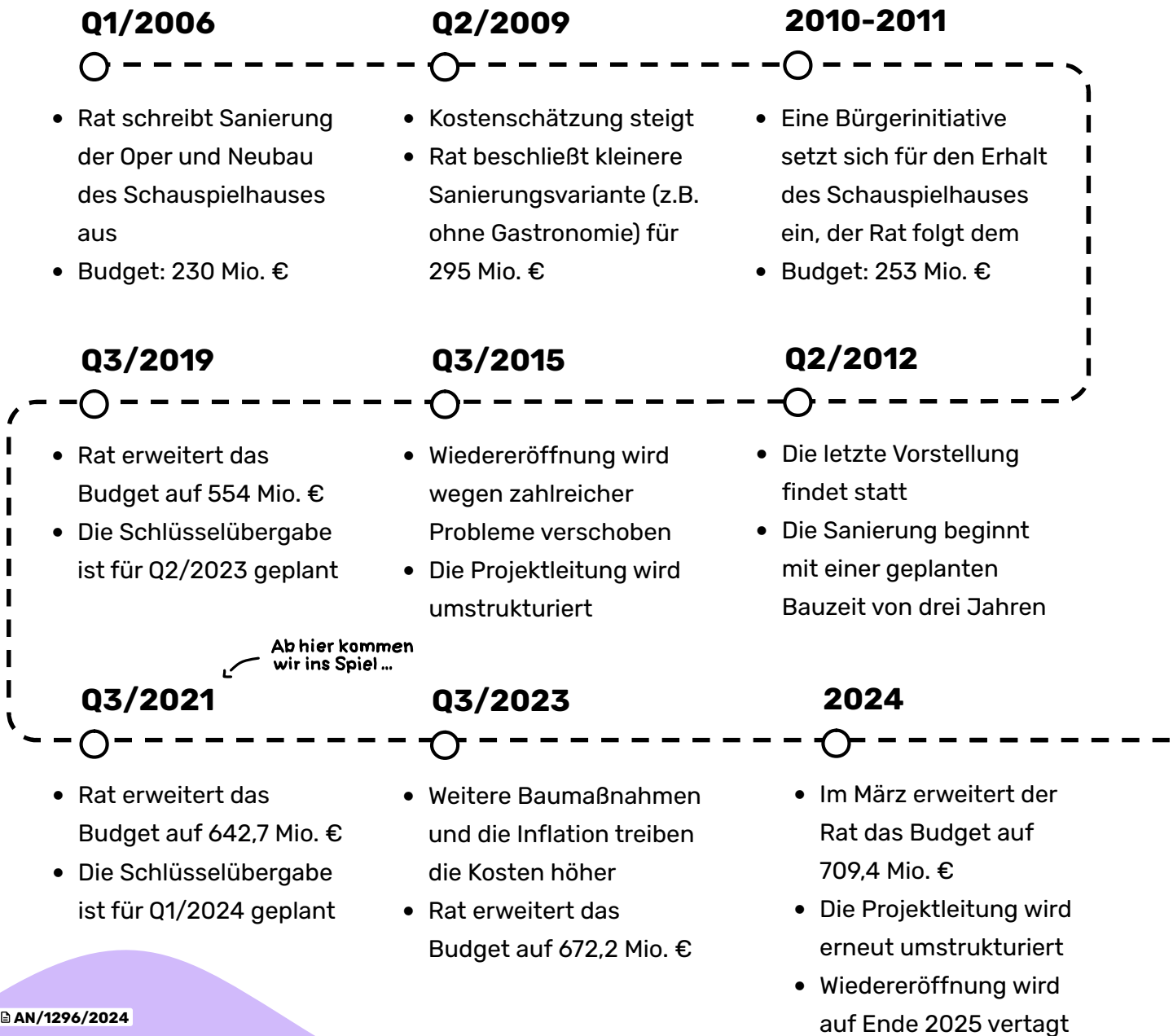
Kunst und Kultur sollen für alle zugänglich sein – unabhängig vom Einkommen. Um diesem Ziel näher zu kommen und die Kulturszene nach der Corona-Pandemie zu stärken, setzten wir uns gemeinsam mit unseren Bündnispartnern und der SPD für die Einführung eines Kulturtickets für Studierende und Auszubildende ein. Die Umsetzung erwies sich aber als schwierig: Die Freie Szene fühlte sich übergangen, der Testzeitraum mitten in der Sommerpause war ungünstig gewählt, und die Dringlichkeit hatte nach der Pandemie an Schärfe verloren. Die Idee verlief schließlich im Sande. Eine denkbare Alternative ist ein flexibles Preismodell nach dem Prinzip „Zahl, was du kannst“.

Haushalt

Karneval fördern

Wir haben den Karneval – als wichtiges Kulturgut unserer Stadt – unterstützt. Besonders im Jubiläumsjahr lag unser Fokus auf der Jugendförderung und der Stärkung des Engagements in den Veedeln. In der Corona-Pandemie haben wir geholfen, das Brauchtum zu stabilisieren – mit Augenmaß in der Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit. Glasfreie Zonen, deutlich mehr Toiletten und geschützte Räume, u.a. durch EDELGARD, Zartbitter e.V. und LGBTIQ-Angebote, sorgen für sicheres Feiern.

Bühnensanierung



AN/1296/2024

Wir haben das Rechnungsprüfungsamt beauftragt, die Sanierung der Bühnen zu untersuchen. Neben den personellen Änderungen soll damit sichergestellt werden, dass Fehler aufgearbeitet und nicht wiederholt werden.

Im Herbst 2024 sollte das Budget auf nunmehr 798 Mio. Euro steigen. Wir berücksichtigten mehrmals die Baustelle. Mit der Entscheidung taten wir uns schwer. Die Zuversicht, dass dieses Mal nun das letzte Mal sein würde, hat einige verlassen. Zwei von uns stimmten zu, zwei lehnten ab.



Unsere detaillierte Argumentation könnt ihr in der Aufzeichnung der Ratssitzung vom 1.10.2024 nachsehen.

Alternativlos?

Ein Abbruch der Opersanierung hätte fatale Folgen für den Haushalt. Wird der Bau nicht für seinen Zweck genutzt, müssen die Baukosten unverzüglich und vollständig abgeschrieben werden. Das würde ein riesiges Loch in den Haushalt reißen und uns zu weiteren Sparmaßnahmen zwingen.

//

Es gibt die Verantwortung, die Sanierung der Oper zu Ende zu führen, wenn man zu dem Schluss gelangt, dass sie in diesem Rahmen fertigstellbar ist – und die Verantwortung, die Reißleine zu ziehen, wenn der Schluss ist, es läuft in die falsche Richtung.

Manuel Froh über das unterschiedliche Abstimmungsverhalten von Volt im Rat zur erneuten Kostenerhöhung im Oktober 2024

Historische Mitte

Zwei Museen sollten im Domumfeld ein neues Zuhause bekommen. Bedarf oder Prestige? Wir forderten eine Neubewertung hinsichtlich des gesellschaftlichen Mehrwerts.

Vorgeschichte

Die Idee zur „Historischen Mitte“ entstand 2014 mit dem Ziel, das südliche Domumfeld aufzuwerten. In zwei Neubauten sollten das Stadtmuseum, das Kurienhaus sowie Teile des Römisch-Germanischen Museums Platz finden. Stadt und Hohe Domkirche agierten als Projektträgerinnen. Die Kostenschätzung lag im Jahr 2021 bei rund 183 Millionen Euro. Die Kirche sollte 20 Prozent der Kosten übernehmen. Als Ratsbündnis regten wir an, innovativere und nachhaltigere Konzepte wie Holzhybridbauweisen oder Fassaden- und Dachbegrünungen stärker zu berücksichtigen.

[AN/2693/2021](#)

Priorisierung der Großbauprojekte

Wir forderten 2021 eine sachliche Neubewertung aller städtischen Großbauprojekte auf Basis von ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien. Im Oktober 2022 hat uns die Stadtverwaltung eine Liste aller Großbauprojekte vorgelegt. Eine politische Priorisierung gestaltete sich als schwierig. Angesichts der angespannten Haushaltslage waren wir bereit, Stadtentwicklungsprojekte wie die „Historische Mitte“, die bereits in ihren Kinderschuhen stockten, zurückzustellen. Das war nicht mehrheitsfähig. Darum initiierten wir im Juli 2023, die Liste um eine standardisierte Bedarfsanalyse der jeweiligen Projekte zu ergänzen. Auf dieser Grundlage wollten wir in Fachgesprächen die tatsächlichen gesellschaftlichen Mehrwerte neu diskutieren, um uns auf eine Priorisierung zu verständigen.

[AN/0492/2021](#) [3165/2022](#) [AN/1265/2023](#)

Ende?

Doch bevor uns die aktualisierte Liste vorlag, holte uns die Mitteilung der Hohen Domkirche ein, die „Historische Mitte“ aus Kostengründen nicht weiter verfolgen zu wollen. Zuvor waren die geschätzten Kosten auf rund 207 Millionen Euro angestiegen. Das war zunächst das Ende. Im Juni 2024 haben wir die eigens gegründete GbR liquidiert. Die sogenannten vergeblichen Planungskosten betragen rund 13,5 Millionen Euro. Die Stadt möchte noch in 2025 einen Vorschlag machen, wie es am Roncalliplatz weitergeht.

[1951/2024](#) [3331/2024](#)

Straßenkarneval

Die Zülpicher Straße zieht an den Karnevalstagen zehntausende Feiernde an. Die Uniwiese wird als Ausweichfläche benötigt. Die Suche nach Alternativen geht weiter.

Straßenkarneval auf der Zülpicher Straße Zweimal im Jahr wird es richtig voll auf der Zülpicher Straße im Kwatier Latäng. Rund um die Karnevalstage kommen dort zehntausende Feiernde zusammen. Um die Sicherheit der Jeck*innen zu gewährleisten, halten Stadt und Ordnungsbehörden die Uniwiese als Ausweichfläche vor. Diese liegt in einem Landschaftsschutzgebiet, welches mit dem Argument der Gefahrenabwehr temporär beeinträchtigt werden darf. Die Maßnahmen zum Schutz der Wiese haben 2024 rund 1,5 Millionen Euro gekostet. Mit dieser Situation ist niemand zufrieden. Eine Alternative muss her.

Suche nach Alternativen Uns ist wichtig, dass dabei nicht nur über, sondern vor allem mit jungen Menschen gesprochen wird. Wir initiierten, dass Vertretungen von Studierenden und Schüler*innen mit an den Tisch geholt werden. Als Ratsbündnis beantragten wir, alternative Angebote unter freiem Himmel zu schaffen. Gemeinsam mit der Polizei und der KVB hat die Stadt daraufhin 14 andere Standorte geprüft. Das Ergebnis: Keine der Flächen erfüllt die Kriterien eines geeigneten Ersatzstandorts. Dann findet sich doch noch eine geeignete Fläche für eine kleinere Ausweichveranstaltung: Auf dem Hohenstaufering wird 2024 ein Bühnenprogramm erprobt. Aufgrund des schlechten Wetters blieb der Besucherandrang aus. 2025 kündigt die Stadt an, die Uniwiese ein letztes Mal als Ausweichfläche zu beanspruchen. Eine Alternative soll der Politik im Laufe des Jahres vorgelegt werden.

AN/2273/2022 0149/2023 AN/0161/2025 0342/2025

Bezeichnung	Kapazität	Gegenargument*
Deutzer Werft	30.000	Bebauungsplan
Hohenzollernring	50.000	Verkehrsbelastung
Stadionwiesen	90.000	Erreichbarkeit
Messeparkplätze	45.000	Unfallrisiko
Neumarkt	10.000	Verkehrsbelastung
Poller Wiesen	200.000	Nähe zum Rhein

Ausschnitt aus der Bewertungsmatrix zu den Ausgleichsflächen.
*Ein Gegenargument von zumeist mehreren, siehe Anlage 1 von 0149/2023.

AN/0419/2023

Wir haben die Forderung nach einem Verbot des Einsatzes von Pferden im Rosenmontagsumzug unterstützt. Trotz höherer Auflagen kommt es immer wieder zu Zwischenfällen. Bisher war dieser Vorstoß aber nicht mehrheitsfähig.

Sport

 AN/1298/2021

Sportinfrastruktur verbessern

Wir haben die Umwandlung von Tennisplätzen (besser bekannt als „Ascheplätze“) in Kunstrasenplätze bezuschusst. Mit dem Sportanlagenkaster fördern wir das systematische Beheben von Mängeln sowie einen barrierefreien Ausbau und schaffen Transparenz. Zudem haben wir als Bündnis eingebracht, dass die Mitnutzung von Schulsportthallen durch Vereine verbindlicher Bestandteil der Ausschreibungen wird.

AN/1041/2022

Sportboxen

Aus dem Bündnisvorhaben der „Sport-Kioske“ entstand ein niedrigschwelliges Angebot für den Individualsport: der kostenlose Verleih von Sportgeräten. Was zunächst als Pilotprojekt begann, ist heute stadtweit verfügbar. Sechs sogenannte Sportboxen stehen nun in Müngersdorf, Mülheim, Porz, Ehrenfeld, Rodenkirchen und im Sportpionierpark in Raderberg. Uns war wichtig, die Sportboxen auch in einkommensschwächere Veedel zu bringen. Die Standorte in Kalk und Chorweiler wurden mit durchschnittlich zwei Ausleihen pro Monat kaum genutzt – zum Vergleich: In Müngersdorf wird die Sportbox über 140 Mal pro Monat genutzt.

Haushalt

Teilhabe fördern

Im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises zum städtischen Haushalt stärken wir Köln als Sportstadt. Als Bündnis haben wir verschiedene Vereine und sportpolitische Maßnahmen unterstützt – insgesamt über 20 im Haushalt für 2025/2026. Insbesondere das Kölner KinderSport-Fest, eine Veranstaltung mit inklusiven und kostenfreien Sportangeboten für Kinder zwischen 4 und 11 Jahren, der Zuschuss für ein Projekt gegen sexualisierte Gewalt und die Beihilfen für Vereine waren uns wichtig.

2519/2023

Sponsoringrichtlinie

Die Sponsoringrichtlinie wurde durch die Verwaltung initiiert. Wir begleiteten den Prozess mit kritischen Fragen und konstruktiven Vorschlägen – insbesondere forderten wir höhere Maßstäbe bei der Wertekonformität, die schließlich in die Richtlinie aufgenommen wurden. Die Richtlinie schafft mehr Transparenz und stärkt gleichzeitig eine zusätzliche Finanzsäule für die Stadt, den Sport und die Kultur.

AN/0748/2025 Initiiert von Volt Ausstehend

Rettungsschwimmpass

Wir bringen die Ausbildung von Rettungsschwimmer*innen an Kölns Schulen. Mit einem Pilotprojekt am Apostelgymnasium können Schüler*innen der Oberstufe den Rettungsschwimmerschein erwerben – eine Maßnahme gegen den Mangel an qualifizierten Rettungskräften.

3,25

Millionen Euro haben wir im Rahmen des politischen Veränderungsnachweises für 2025 und 2026 zusätzlich für den Sport zugesetzt.

AN/0774/2023 AN/1718/2024 3477/2024

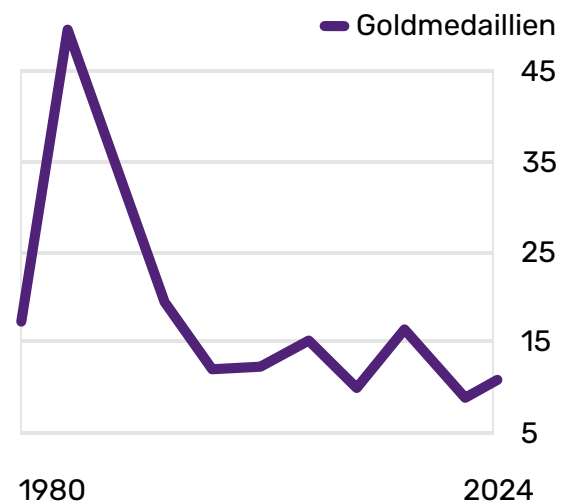
Haushalt Initiiert von Volt

Sportvorbilder

Ein Drittel der unter 30-Jährigen fühlt sich durch Erfolge im Profisport zum Sporttreiben motiviert.⁷ Spitzensportler*innen leisten Beeindruckendes und haben einen großen Wert für die Gesellschaft. Sie inspirieren junge Menschen, sich sportlich zu betätigen. Durch ihre Vorbildfunktion können die Spitzensportler*innen an Projekttagen in Schulen Kindern und Jugendlichen die Freude an der Bewegung näher bringen.

Die Kölner Sportvorbilder sind Spitzensportler*innen, die von einer Jury ausgewählt werden. Bei der Auswahl sind Geschlechterparität, Behindertensport, eine Vielfältigkeit der Sportarten und Altersklassen zu berücksichtigen. Sie besuchen Kölner Schulen, vermitteln ihr Fachwissen und bereichern den Unterricht. So inspirieren sie Jugendliche, diese Sportarten auszuprobieren und in Vereine einzutreten, um womöglich selbst einmal in ihre Fußstapfen zu treten. Dafür erhalten sie eine Aufwandspauschale, die ihnen zu etwas mehr finanzieller Sicherheit verhilft. Schüler*innen und auch Lehrkräfte profitieren von der außerordentlichen Expertise der Athlet*innen.

Mit geringem Aufwand lässt sich vieles erreichen: Mehr Schüler*innen treiben regelmäßig Sport – das fördert ihre Gesundheit. Sie treten womöglich Vereinen bei, was unsere vielfältige Vereinskultur und den Amateursport stärkt. Und auf der anderen Seite haben die Sportvorbilder mehr Freiheit, sich ihrer Leidenschaft zu widmen.



Goldmedaillen deutscher Athlet*innen bei den Olympischen Sommerspielen im Zeitverlauf. Vor 1992 sind Westdeutschland und DDR addiert.

312.000

Kölner*innen sind Mitglied in einem Sportverein.⁸

⁷ Bundesinstitut für Sportwissenschaft, 2011: „Die gesellschaftliche Relevanz des Spitzensports in Deutschland.“, ISBN 978-3-86884-467-2.

⁸ Statista Research Department, 2024: „Mitglieder in Sportvereinen in Köln bis 2022“.

FC-Ausbau

Nach ewigen Diskussionen um den Bau von Fußballplätzen und einem Leistungszentrum haben wir zusammen mit der Stadtverwaltung und dem FC einen Kompromiss errungen.

Der 1. FC Köln ist in seiner Bedeutung für die Stadt kaum zu überschätzen. Seit 2014 plant der Verein die Errichtung eines Nachwuchsleistungszentrums sowie weiterer Gebäude, Trainingsplätze und Kleinspielfelder. Damit soll der Weg in eine sportlich erfolgreiche Zukunft geebnet werden.

Streitpunkt: Gleueler Wiese

CDU, SPD und FDP gaben den Plänen, die Gleueler Wiese zu bebauen, im Jahr 2020 statt. Kritik kam mit Blick auf die Bedeutung des Grüngürtels von Umweltverbänden. Die Initiative „Grüngürtel für alle“ reichte beim Oberverwaltungsgericht Klage ein. Wir vereinbarten im Bündnisvertrag, die Ausstellung von Pachtverträgen auszusetzen und in Gesprächen mit dem FC nach Alternativstandorten zu suchen.

Alternativen

Wir haben keinen Standort kategorisch ausgeschlossen. Nach Gesprächen mit verschiedenen Akteur*innen haben wir die Bezirkssportanlage Bocklemünd als Alternative favorisiert. Sie eignet sich aus unserer Sicht aufgrund der bestehenden Infrastruktur besonders gut. Zudem hätten die Vereine vor Ort von dem Ausbau profitiert. Die Stadtverwaltung entwickelte währenddessen in Verhandlungen mit dem FC einen Vorschlag weiter, der eine Entwicklung in Marsdorf vorsah. Dazu wurde kurzerhand die für den Umzug des Großmarktes vorgesehene Fläche halbiert. Diese Pläne wurden 2024 vom FC ausgeschlagen. Der Eigenanteil an der Finanzierung sei zu hoch.

Kompromisse

Wir drängten weiter auf eine pragmatische Lösung, die die verschiedenen Interessen vereint, und setzten die Gespräche fort. Im Herbst 2024 einigte sich der Verein mit der Stadtverwaltung auf einen Kompromiss, der vorsah, auf bereits versiegelter Fläche am Geißbockheim im Erbbaurecht das Leistungszentrum zu bauen. Zudem soll ein Ascheplatz in der Nähe angemietet werden. Wir stellten als Ratsbündnis sicher, dass dem Breitensport verbindlich Trainingszeiten vorbehalten werden. Der Durchbruch ist geschafft. Die Suche nach weiteren Fußballplätzen geht weiter.

Digitalisie- rung

Platz 1

belegte Köln unter den deutschen Großstädten im Smart City Index 2024 in der Kategorie „Digitale Verwaltung“.⁹

AN/1439/2020 **Initiiert von Volt**

Gründung des Digitalisierungsausschusses

Ein zentraler Punkt aus unserem Wahlprogramm wurde bereits während der Bündnisverhandlungen umgesetzt: die Gründung eines Ausschusses für Digitalisierung. Dieser Ausschuss bündelt alle wichtigen Themen der digitalen Entwicklung der Stadt und sorgt dafür, dass sie effektiv behandelt werden.

⁹ Bitkom e. V., 2025: „Smart City Index 2024“.

AN/0131/2022

Masterplan Digitalisierung

Der Masterplan Digitalisierung wurde beschlossen, um die Verwaltung digital zu transformieren. Der erste Teil, der interne Verwaltungsprozesse betrifft, befindet sich bereits in der Umsetzung. Die weiteren Teile zu Themen wie Daten und Smart City sind derzeit in Ausschreibung.

AN/2403/2021  Initiiert von Volt

Fördermittel für Glasfaserausbau

Dort, wo kein privatwirtschaftlicher Glasfaserausbau stattfindet und die Internetanbindung besonders schlecht ist, den sogenannten „Weißen Flecken“, schließt NetCologne mit Fördermitteln von rund 30 Millionen Euro ca. 15.000 Haushalte an das Glasfasernetz an. Kurz vor dem Stopp des Förderprogramms für „Graue Flecken“, Adressen mit einer mittelmäßigen Internetverbindung von unter 100 Mbit/s, stellte die Stadt durch unseren Druck gerade noch rechtzeitig einen erfolgreichen Förderantrag.

0315/2022  Initiiert von Volt

Dezernat einsetzen

Der in unserem Wahlprogramm verankerte Punkt, ein Dezernat für Digitalisierung einzusetzen, wurde erfolgreich umgesetzt. Nun gibt es einen zentralen Ansprechpartner, der die digitale Entwicklung in Köln wirksam vorantreibt.

AN/0891/2022  Initiiert von Volt  Misserfolg

Starlink als Überbrückungstechnologie

Im Rahmen eines Förderprogramms sollten Haushalte mit langsamen Internetanschlüssen durch Starlink unterstützt werden – zu Zeiten, als der CEO noch nicht ins Autoritäre verfallen war. Aufgrund geringer Rückmeldungen wurde die Initiative eingestellt. Dies zeigt, dass nicht jeder innovative Ansatz die gewünschte Wirkung erzielt.

AN/0536/2024  Initiiert von Volt

Video Ident und BundID

Wir haben beantragt, die Identifikation per Video für Verwaltungsleistungen in Köln einzuführen – zum Beispiel bei der Anmeldung von Eheschließungen. Die An-, Um- und Abmeldung des Wohnorts ist mittlerweile über die BundID online möglich. Das spart Zeit, entlastet die Verwaltung und macht die städtischen Services barrierefreier, komfortabler und familienfreundlicher.

🗳️ Haushalt / ⚡ Initiiert von Volt

Open Data

Wir haben 400.000 Euro für Open Data in den Haushalt 2023/2024 verhandelt, um städtische Daten für Universitäten, Schulen und Unternehmen besser zugänglich zu machen. Die Mittel wurden nahezu vollständig eingesetzt – unter anderem für die Ausschreibung zur Weiterentwicklung des Open Data Portals „DKANv2“, die Einrichtung des Shared Mobility Dashboards „KUDOS“ sowie Marketingmaßnahmen. Die Maßnahme wird weiter ausgebaut, wofür eine kontinuierliche Bereitstellung von Geldern notwendig bleibt.

📄 1759/2021

Mehr Pilotprojekte zu digitalen Services

Wir haben uns für die Ausweitung von Pilotprojekten im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes eingesetzt – mit dem Ziel, mehr städtische Services digital bereitzustellen und den Verwaltungsaufwand zu verringern. Aktuell sind nur wenige Verwaltungsleistungen vollständig digital nutzbar; viele erfordern noch analoge Zwischenschritte.

📄 AN/1701/2022 / ⚡ Initiiert von Volt / ☹ Misserfolg

Digitale Plattform für Kölner Einzelhandel

Mit dem Ziel, den Kölner Einzelhandel während der Pandemie digital zu stärken, haben wir eine Initiative für eine digitale Handelsplattform auf den Weg gebracht. Die Idee: lokale Händler*innen schnell und unbürokratisch bei der digitalen Sichtbarkeit und Vernetzung zu unterstützen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, umgesetzt wurde er jedoch nie. Im Verlauf des Prozesses wurde deutlich, dass politische Mehrheiten allein nicht ausreichen, wenn der gemeinsame Wille zur konkreten Umsetzung fehlt. Die vorgesehenen Mittel in Höhe von 250.000 Euro wurden letztlich nicht abgerufen.

Rückblickend war dieser Prozess eine wichtige Lernerfahrung. Er hat uns gezeigt, wie entscheidend Klarheit in der Ausgestaltung und Standhaftigkeit in der Verhandlung sind – gerade wenn neue, digitale Wege beschritten werden. Auch wenn das Vorhaben letztlich nicht realisiert wurde, hat es wertvolle Einblicke in die praktischen Hürden digitaler Innovationspolitik auf kommunaler Ebene ermöglicht.

AN/1586/2023  Initiiert von Volt

Schluss mit Faxen

Köln soll die erste Millionenstadt werden, in der Faxgeräte in Ämtern der Vergangenheit angehören. Bisher sind in der Stadt Köln noch mehrere hundert Faxgeräte im Einsatz.

Dokumente sollen nach Ablauf des aktuellen Rahmenvertrags ab 2029 nur noch digital übermittelt werden. Die Stadt spart dadurch voraussichtlich jährlich einen sechsstelligen Betrag. Zusätzlich entfallen die Umweltbelastungen durch Papier, Druckertinte sowie die Beschaffung und Instandhaltung der Geräte. Gleichzeitig wird die Verwaltung effizienter – digitale Prozesse lassen sich automatisieren und bieten einen besseren Datenschutz.

Die Kommunikation per Fax bleibt für Bürger*innen weiterhin möglich. Eingehende Faxe werden dann digital empfangen. Es hat sich ausgefaxt in Köln.

**37.683.000 Blatt Papier
verbraucht die Stadt-
verwaltung im Jahr 2023 –
übereinandergestapelt 24 Mal
so hoch wie der Kölner Dom.¹⁰**



Papierstapel 3.768m

Kölner Dom 157m

¹⁰ Initiative Pro Recyclingpapier, 2024: „Papieratlas 2024“.

Eigene Berechnung unter der Annahme einer Papierstärke von 0,1 mm.

Wirtschaft

📄 3989/2024

Stadtentwicklungskonzept Wirtschaft

Das Stadtentwicklungskonzept Wirtschaft bildet den Rahmen für die künftige Gewerbeflächenentwicklung in Köln. Mit den drei Handlungsfeldern *Fläche, Gewerbegebiete der Zukunft* und *Köln in der Region* legt es erstmals strategische Leitlinien zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur fest.

📄 AN/2697/2021 ☹ Misserfolg

Abend- und Nachtmärkte

Die Idee, Abend- und Nachtmärkte in allen Stadtbezirken zu ermöglichen, sollte den Wochenmarkt modernisieren und das städtische Leben beleben. Trotz positiver Rückmeldungen aus der Befragung ist das Vorhaben in der Verwaltung versandet – ein Konzept liegt bis heute nicht vor.

📄 AN/1450/2022 ⚠ Ausstehend

Überplanung von Gewerbegebieten und Industriegebieten

Die Überplanung von Gewerbe- und Industrieflächen zeigt transparent auf, welche Flächen der Wirtschaft verloren gegangen sind. Zwar wurde der Antrag formal erfüllt, doch eine Strategie zum Erhalt und zur Stärkung verbleibender Flächen steht noch aus.

Verkaufsoffene Sonntage

Verkaufsoffene Sonntage werden jährlich per Verordnung geregelt. Wir stimmen in der Regel zu – sofern die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Bei rechtlich zweifelhaften Fällen setzen wir auf die Entscheidung der Gerichte statt auf politisches Bauchgefühl.

Großmarkt

Der Großmarkt wird der Parkstadt Süd weichen müssen, das ist seit 2012 beschlossen. Seither ist es nicht gelungen, einen Ersatzstandort zu eröffnen. Woran hat es gelegen?

Seit 1940 war der Großmarkt im Kölner Süden ein Umschlagplatz für die regionale Lebensmittelversorgung. Auch heute noch beliefert er Wochenmärkte, Restaurants und Großküchen mit frischen Lebensmitteln. In einer Zeit, in der die Logistikstrukturen zunehmend einen direkten Vertrieb ermöglichen, muss der Großmarkt aber aus dem städtischen Haushalt subventioniert werden – zuletzt mit jährlich rund 1,3 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass an diesem Standort eines der größten Stadtentwicklungsprojekte Deutschlands geplant ist. Rund um die historische Markthalle sollen im Rahmen der Parkstadt Süd über 3.000 Wohnungen, 4.000 Arbeitsplätze sowie Schulen und Kitas entstehen. Die Frage, wie es mit dem Großmarkt weitergeht, hat uns lange beschäftigt.

Die Diskussion um eine Verlagerung des Großmarktes reicht weit zurück. Schon im Jahr 2007 sprach sich der Rat für Marsdorf als Ersatzstandort aus. Dort sollte ein neues nachhaltigeres Frischezentrum entstehen. Im Jahr 2021 beanspruchte der 1. FC Köln einen Teil der vorgehaltenen Fläche in Marsdorf für einen Erweiterungsbau. Unsere Bündnispartner beschlossen daraufhin, die Fläche für das Frischezentrum zu verkleinern. Wir enthielten uns in dieser Sache und kritisierten das unzureichende Beteiligungsverfahren. Ob dieser Vorgang dazu beigetragen hat, dass eine Markterkundung im Jahr 2023 zu dem Ergebnis kam, dass sich für das Frischezentrum keine Investor*innen finden, ist unklar. In der Folge beauftragten unsere Bündnispartner, ein neues Konzept zu entwickeln und die Händler*innen bei der Suche nach Interims zu unterstützen, wenn ein nahtloser Übergang nicht möglich sei – erneut ohne unsere Zustimmung. Wir hielten das Angebot für unaufrichtig. Der Finanzierung von Workshops sowie der anhaltenden Suche nach Investor*innen stimmten wir 2024 zu, ohne zu verschweigen, dass der Großmarkt an diesem Standort Ende 2025 schließen wird.



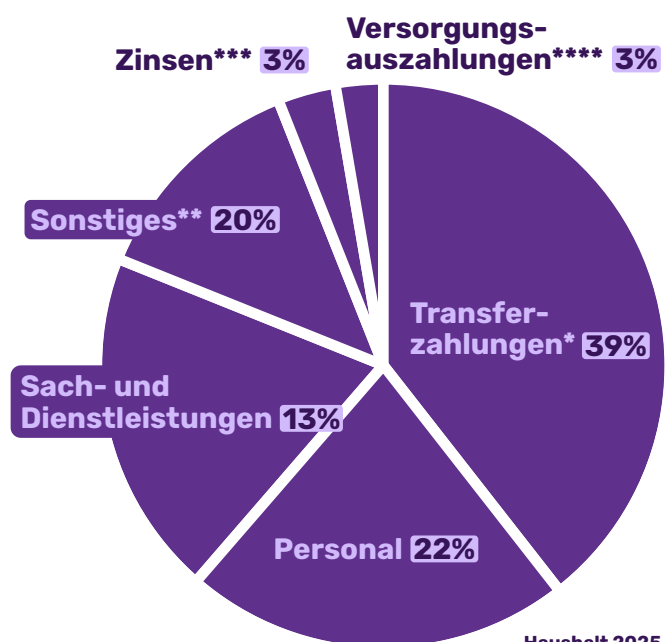
Es ist bitter, aber eine Schließung des Großmarkts an diesem Standort ist unumgänglich. Ich verspreche nicht, dass es in Zukunft noch einen Großmarkt geben wird, aber ich verspreche, den Weg dafür weiterhin zu ebnen.

Isabella Venturini,
Ratsmitglied von Volt

Finanzen und Haushalt

Über den Haushalt

Der städtische Haushalt regelt, wie die Stadt ihr Geld einnimmt und ausgibt. Er wird vom Stadtrat verabschiedet. In 2025 sieht er Ausgaben in einer Gesamthöhe von 6,46 Milliarden Euro vor. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 6,06 Milliarden Euro gegenüber. Um dieses Defizit schrittweise zu verringern und die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern, sind konsequente Einsparungen erforderlich.



Haushalt 2025

* Vor allem Sozialleistungen, Subventionen sowie weitere finanzielle Unterstützungen

** Darunter fallen etwa Verwaltungskosten, Rückstellungen oder Gebühren

*** Plus sonstige Finanzauszahlungen

**** Ruhestandsbezüge und Hinterbliebenenleistungen ehemaliger Beamt*innen der Stadtverwaltung

AN/1816/2022

Green Bond

Mit dem Green Bond konnte Köln 150 Millionen Euro günstig für nachhaltige Projekte aufnehmen – ein innovativer Schritt, um Klimaschutz finanziell attraktiv zu gestalten. Das Finanzinstrument war stark nachgefragt, eine Neuauflage ist geplant. Wir haben den Vorschlag konstruktiv begleitet und weiterentwickelt.

Haushalt Initiiert von Volt

Fördertöpfe anstelle von Einzelförderungen

Wir setzen uns dafür ein, Fördermittel im Stadthaushalt zentral zu bündeln, um faire Wettbewerbsbedingungen für alle Vereine und Initiativen zu schaffen. Ziel ist es, eingefahrene Strukturen aufzubrechen und die Qualität der Förderung zu steigern.

Haushalt Initiiert von Volt Ausstehend

Restrukturierung von städtischen Unternehmen

Die Stadt Köln hält 39 unmittelbare sowie über 220 mittelbare Beteiligungen an Unternehmen und Sondervermögen. Im Rahmen der Haushaltsbegleitbeschlüsse zum Doppelhaushalt 2025/2026 haben wir beschlossen, einzelne Beteiligungen neu aufzustellen, Aufgaben effizienter zu verteilen und Doppelstrukturen abzubauen.

AN/1759/2024

Reform der Grundsteuer

Wir haben uns erfolgreich für einheitliche Hebesätze bei der Grundsteuer eingesetzt, um die Reformziele nicht zu unterlaufen und die Verwaltung zu entlasten. Erst als eine aufkommensneutrale Umsetzung möglich wurde, schwenkten auch andere Fraktionen um.

Haushalt 3631/2024 AN/0221/2025

Konsequente Konsolidierungen

Die Akademie der Künste der Welt und das AchtBrücken Festival werden aufgelöst, da die erzielte Wirkung eine Fortführung nicht mehr rechtfertigt. AchtBrücken könnte in eine Festival GmbH integriert werden, sofern externe Mittel akquiriert werden.

4066/2023

Übernachtungssteuer auf berufliche Gäste ausweiten

Die Übernachtungssteuer (vormals Kulturförderabgabe) wird nun auch auf berufliche Übernachtungen erhoben, nachdem rechtliche Unsicherheiten durch ein Gerichtsurteil geklärt wurden. Dies reduziert die Bürokratie für Beherbergungsbetriebe und steigert die Steuereinnahmen.

Nachhaltige Vergabe

Mit unserem Antrag zur Nachhaltigen Vergabe haben wir beschlossen, dass die Stadt Köln als Großauftraggeberin ihre Marktmacht stärker für Umwelt- und Klimaschutz einsetzt. Die Stadt beschafft jährlich Produkte und Dienstleistungen in dreistelliger Millionenhöhe – das ist ein gewaltiger Hebel, um nachhaltiges Wirtschaften zu fördern. Bisher lag der Fokus zumeist auf dem günstigsten Preis. Künftig sollen auch ökologische und soziale Kriterien verbindlich berücksichtigt werden.

Konkret forderten wir, dass Nachhaltigkeitsaspekte in der städtischen Vergabeordnung verankert werden. Damit das in der Praxis funktioniert, braucht es begleitende Maßnahmen: Leitfäden, Schulungen für die Einkaufsstellen, Nachhaltigkeitsinformationen in der städtischen Einkaufsplattform und ein jährliches Monitoring.

Diese Maßnahmen sorgen für mehr Transparenz und Vergleichbarkeit. Und sie rechnen sich: Studien zeigen, dass nachhaltige Produkte zwar teurer in der Anschaffung sein können, aber durch geringere Betriebs- und Entsorgungskosten langfristig oft günstiger sind.¹¹ Es geht dabei nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Fairness, Langlebigkeit, Energieverbrauch und Reparierbarkeit.

Die neue Geschäftsanweisung zur Vergabe (GAV, Stand 01.02.2024) enthält nun eine Dokumentationspflicht, wenn Nachhaltigkeitskriterien nicht angewendet werden. Auch ein stadtweites Vorhaben zur Entwicklung eines nachhaltigen Beschaffungsmanagements wurde angestoßen, erste Planungsworkshops fanden statt. Eine Arbeitshilfe mit den wichtigsten Gütesiegeln war für März 2025 angekündigt. Allerdings: Der jährliche Bericht zum Stand der nachhaltigen Vergabe fehlt bislang. Die Verwaltung räumt ein, dass es aktuell keine verlässliche Datengrundlage für den Anteil nachhaltiger Beschaffungen gibt. Wichtige technische Funktionen im Vergabesystem cMarket sind noch in Arbeit – quantitative Auswertungen nicht möglich.

803

Millionen Euro sind in dem städtischen Haushalt in 2025 für die Bezahlung von Sach- und Dienstleistungen ausgewiesen.

¹¹ Bertelsmann Stiftung, 2024: „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“, DOI 10.11586/2024096.

Europa

AN/0713/2024

Städtepartnerschaft mit Dnipro

Dnipro ist eine Stadt wie Köln: Eine weltoffene Metropole, die viertgrößte ihres Landes, an einem großen Fluss gelegen, mit langer Zuwanderungsgeschichte und bedeutender Wirtschafts- und Messestandort – mit dem gewaltigen Unterschied, dass an einer Kriegsfrente liegt. Als Partnerstädte rücken wir noch näher zusammen. Bestehende zivilgesellschaftliche Verbindungen bekommen mit der Partnerschaft einen offiziellen Rahmen. Neben einer engeren politischen Vernetzung erhoffen wir uns, dass sich unsere Einwohner*innen miteinander verbinden und neue Freundschaften schließen.

AN/0437/2024 Initiiert von Volt

Europaarbeit und Städtediplomatie

Wir wollen, dass sich mehr Ratsmitglieder überfraktionell auf europäischer Ebene einbringen. Es gibt viele Möglichkeiten des Austausches zwischen kommunalen Gremien. Wir initiierten, dass die Stadtverwaltung die Mitglieder des Kölner Rates unterstützen soll, diese aktiver wahrzunehmen. Eine aktivere Vertretung bringt unsere Interessen in Europa und darüber hinaus ein und fördert den Austausch von Best Practices. Die Sichtbarkeit Kölns ist auch zentral für unseren Wirtschaftsstandort und die Anwerbung von Fachkräften.

Die Köpfe dahinter

Mitglieder des Rates



Jennifer Glashagen
Fraktionsvorsitzende



Christian Achtelik
stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

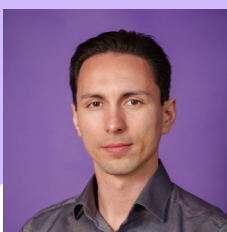


Isabella Venturini
Ratsmitglied

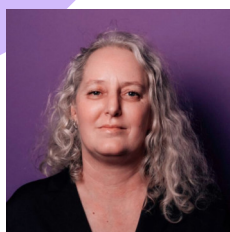


Manuel Froh
Ratsmitglied

Mitglieder der Fachausschüsse



Sergen Belen
Gesundheit



Andrea Browsers
Schule und Weiterbildung



Jerry Dyllong
Sport



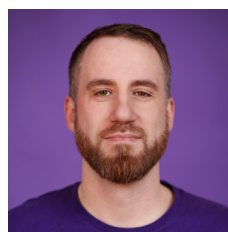
Sieglinde Eich-Ganske
Soziales und Senior*innen



Lisa Gerlach
Wohnen



Christian Glashagen
Digitalisierung



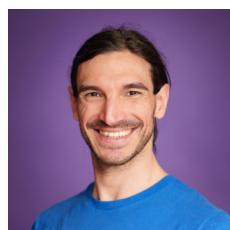
Robert Glashagen
Wirtschaft



Paul Gottschalk
Schule und Weiterbildung



Philip Gotzen
Stadtentwicklung



Christopher Gudacker
Sport



Sabine Hartmannshenn
Kunst und Kultur



Dr. Lothar Horbach
Liegenschaften



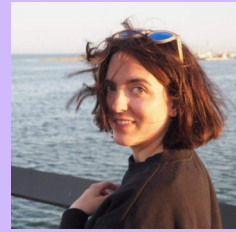
Roman Jochim
Wohnen



Dr. Daniel Kalmbach
Klima, Umwelt und Grün



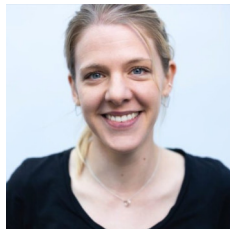
Luise Kallenberg
Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen,
Vergabe, Internationales



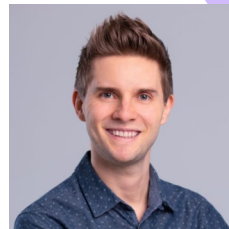
Katja Krämer
Gleichstellung



Sven Maier
Rechnungsprüfung;
Finanzen



Rebekka Müller
Liegenschaften



Dr. Max Pargmann
Verkehr



Iris Pfahl
Rechnungsprüfung



Marius Pollet
Verkehr



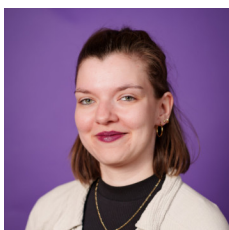
Ralf Schmidt
Bauen



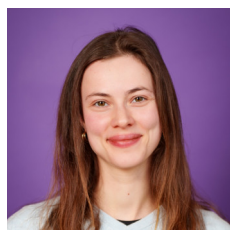
Dominik Schneider
Kunst und Kultur



Ralf Tausgraf
Bürger*innenbeteiligung



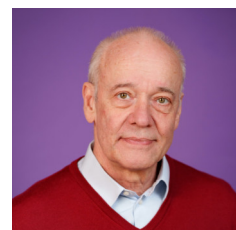
Franziska Weber
Gleichstellung



Emilia Witzel
Wirtschaft



Helena Woll
Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen,
Vergabe, Internationales



Dr. Jürgen Zastrow
Gesundheit

Mitarbeitende in der Geschäftsstelle



Lucas Sickmüller
Fraktionsgeschäftsführer



Elisabeth Leifgen
Fachreferentin



Isabel Schrader
Fachreferentin



Leo Hartmann
Pressereferent



Felix Hüskes
Fachreferent

Transparenz

**Du sollst wissen,
wofür wir unser Geld
ausgeben und mit wem
wir uns treffen.**

Wir legen offen, welche Initiativen, Organisationen und Unternehmen wir treffen – damit ersichtlich wird, welche Kontakte unsere Entscheidungen mitprägen können. Dazu führen wir ein Transparenzregister, in dem wir zu jedem Treffen die entsprechende Organisation, das Datum und die Teilnehmenden der Volt Fraktion auflisten. Erfasst werden alle Treffen ab dem 1. Januar 2021. Während der Corona-Pandemie fanden die meisten Gespräche virtuell statt.



**Unser Transparenz-
register ist abrufbar unter
voltkoeln.de/transparenz**

Beispielhaft für Christian:

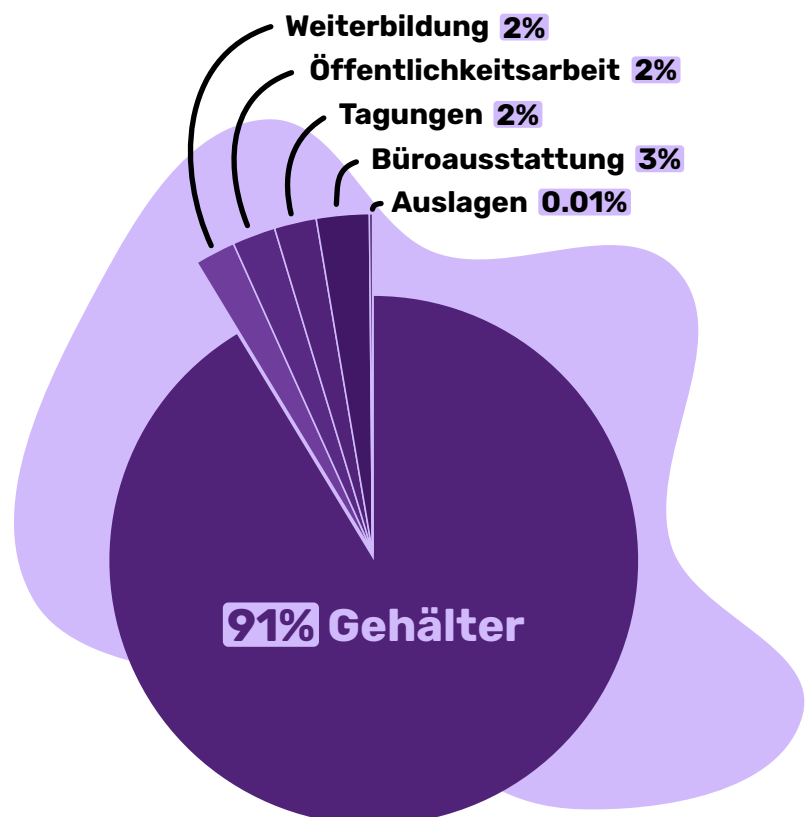
Monatspauschale	530,40€ x 12
Aufwandspauschale für Sitzungen	25,50€ x 187
Zweckverband der Sparkasse KölnBonn	750€
Summe	11.883,30€
Abgabe an Volt	- 1.200€
Gesamt in 2024 (brutto)	10.683,30€

Wie haben wir unser Geld ausgegeben?

Als Fraktion im Kölner Stadtrat stehen uns sogenannte Fraktionszuwendungen zu. Nach der Gemeindeordnung können die kommunalen Vertretungen in einem gewissen Rahmen selbst festlegen, in welcher Höhe und nach welchem Schlüssel Ratsmitglieder und Fraktionen finanzielle Mittel erhalten. Auf Grundlage eines Ratsbeschlusses vom 15. Juni 2023 stehen uns als Fraktion mit vier Ratsmitgliedern jährlich 233.960 Euro zur Verfügung, um unsere politische Arbeit zu organisieren. Insgesamt haben wir im Zeitraum von 2021 bis 2024 Ausgaben in Höhe von 940.510 Euro getätigt – sie sind in dem Diagramm aufgeschlüsselt. 91 Prozent der Ausgaben entfielen auf die Gehälter unserer Mitarbeitenden.

Wie viel verdient man als Mitglied des Rates?

Ratsmitgliedern steht nach § 1 Absatz 2 Nr. 1b EntschVO eine Monatspauschale von 530,40 Euro zu. Unser Ratsmitglied Christian sitzt im Zweckverband der Sparkasse KölnBonn. Pro Halbjahr erhält er eine Aufwandsentschädigung von 250 Euro und pro Sitzung weitere 250 Euro. Fraktions-, Arbeitskreis-, Ausschuss-, und Rats-sitzungen werden mit einer pauschalen Aufwandsentschädigung von 25,50 Euro vergütet. 4.404 Euro sind steuerfrei, der verbleibende Betrag unterliegt der regulären Besteuerung mit dem Arbeitslohn.



Liebe Kölner*innen,

zunächst ein ehrliches Dankeschön fürs Lesen, fürs Interessieren, fürs Auseinandersetzen. Ohne Dich, ohne eine politisch informierte Stadtgesellschaft funktioniert es nicht. Gleichgültigkeit ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Darum meine ich es ernst, wenn ich mich zu Beginn meiner Antworten auf konstruktive Kritik zuerst für diese bedanke.

Im Übrigen wird der Einfluss einer einzelnen Nachricht weithin unterschätzt. So gab es Themen, die wir nie angesprochen, Perspektiven, die wir nie gesehen und Positionen, die wir nie vertreten hätten – ohne die Nachricht einer interessierten Kölnerin oder eines besorgten Kölners.

Der Hebel ist aber auch deshalb so groß, weil Kommunalpolitik ein Ehrenamt ist. Ob in der dörflichen Kleinstadt mit 5.000 Seelen oder in unserer, gewissermaßen ebenso dörflichen, Metropole mit 1.097.519 Einwohner*innen: Die allermeisten Kommunalpolitiker*innen nehmen ihr Mandat ehrenamtlich wahr, neben der Lohnarbeit. Das schließt nicht nur oft einen – ökonomisch schwächeren, jüngeren, weiblichen – Teil der Bevölkerung aus, sondern bedeutet auch, dass eine Millionenstadt wie Köln in Teilzeit regiert wird.

Der Rat kann dadurch seinem Auftrag, der Kontrolle der Stadtverwaltung, nicht angemessen nachkommen. In Kürze über Volumen von hunderten Millionen Euro entscheiden, Details etlicher Bauprojekte bewerten oder alternative Ansätze entwickeln – all das passiert mit einer guten Portion Unsicherheit. Den städtischen Haushalt über sechs Milliarden Euro mussten wir im Feierabend beraten. Kommunalpolitik in dieser Größenordnung muss dringend professionalisiert werden. Nimmt man alle Pauschalen, Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen zusammen, habe ich im Schnitt 1.000 Euro brutto pro Monat für meine Arbeit im Kölner Rat erhalten. Es stellte sich also nie die Frage, meine Lohnarbeit dafür aufzugeben.

Professionalisierung der Kölner Kommunalpolitik: Dabei geht es mir um mehr Teilhabe, häufigeres Hinterfragen und fundiertere Entscheidungen. Ich habe mich nach langem Überlegen gegen eine erneute Kandidatur entschieden, um wieder mehr Zeit für meine Familie zu haben. Das soll Dich aber nicht entmutigen, Dich in die Kölner Kommunalpolitik einzubringen. Ganz im Gegenteil, die Kehrseite und eines meiner ersten Learnings war: Auch hier wird nur mit Wasser gekocht.

Ich möchte daher im Namen von uns allen mit einem Dankeschön an unsere Familien und Freund*innen beginnen, die sich viel zu oft dem Rhythmus der Fraktions-, Ausschuss- und Ratssitzungen unterordnen mussten – und uns doch immer unterstützt haben.

Danke an alle Referent*innen, Praktikant*innen sowie FSJler*innen über die Jahre in der Geschäftsstelle, ohne die all das nicht denkbar gewesen wäre. Ein besonderer Dank gilt Lucas, der als Geschäftsführer nicht nur die Arbeit in der Geschäftsstelle koordiniert, sondern unsere politische Arbeit insgesamt strukturiert und Anträge sowie den Haushalt mit verhandelt hat.

Ein herzlicher Dank geht an alle, die sich über die Jahre in unserer erweiterten Fraktion und ihren Arbeitskreisen eingebracht haben. Sie waren es, die Fachthemen vertieft, Antragsideen entwickelt und Bürger*innenmails beantwortet haben. Volt ist eine paneuropäische Partei – der Austausch mit Mandatstragenden aus ganz Europa war für uns stets eine Bereicherung. Unser Dank gilt den Parteivorständen auf Europa-, Bundes- und Landesebene – insbesondere aber dem Kölner Team. Ich schätze es, dass wir in der Öffentlichkeit immer mit einer Stimme aufgetreten sind.

Wir danken unseren Bündnispartnern, den Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der CDU, für die über weite Strecken konstruktive Zusammenarbeit – in einer Zeit, in der das nicht selbstverständlich war. Trotz teils großer Differenzen stand stets die sachorientierte Arbeit auf kommunaler Ebene im Vordergrund. Ein erheblicher Teil der in diesem Bericht vorgestellten Anträge wurde gemeinsam erarbeitet. In diesem Zusammenhang möchte ich auch der Stadtverwaltung, die zu oft als Sündenbock herhalten muss, und der Oberbürgermeisterin, einer klugen Managerin mit kölschem Hätz, danken.

Darüber hinaus haben wir vieles mit den anderen demokratischen Stimmen im Stadtrat auf den Weg gebracht. Ich habe nie verstanden, wieso das nicht häufiger möglich ist: dem anderen ein gutes Argument zugestehen, dem Antrag der „Opposition“ zustimmen – der Sache wegen.

Obwohl unser pragmatischer, sachlicher und progressive Politikstil schon sichtbar abgefärbt hat, bleibt noch viel zu tun. Dazu wünsche ich meinen Nachfolger*innen Energie, Kreativität und Mut.



Christian Achteik,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender



**Erfahre mehr über unsere
Arbeit im Kölner Stadtrat
unter voltkoeln.de**



**Bleibe auf dem Laufenden
und folge uns auf Instagram
unter [@voltfraktionkoeln](https://www.instagram.com/voltfraktionkoeln)**

